Nr. 532 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 262

Bezugspreis:
Für den Monat November 400,— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 495,— M., für das übrige Ausland 665,— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgen-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

14 Mark

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 80,— M. Reklamezeile 400,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 16,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10,— M., jedes weitere Wort 8,— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 25,— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Freitag, den 10. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Poincaré gegen die Vernunft.

Im französischen Senat hielt gestern Poincaré eine Rede, in der er auf Interpellationsreden der Senatoren Hubert und Touron antwortete. Er erklärte nach einer EE.-Meldung u.-a.:

Die internationale Bankierkonferenz, die in Paris tagte, habe die Begebung einer internationalen Anleihe für Deutschland auf den internationalen Märkten unter der Bedingung gewünscht, daß eine Herabsetzung der Reparationsbedingungen durch Frankreich erfolge. Mit Rücksicht auf diese Bedingung war die Konferenz zum Scheitern verurteilt. — Poincaré befaßte sich sodann mit der Finanzpolitik des Reiches und erklärte, die Reichsregierung erlaube sich zwar Luxusausgaben, wolle jedoch ihre Schulden nicht bezahlen. Auf die im Friedensvertrag vorgesehenen Sanktionen will er nicht verzichten, wenn auch zuzugeben sei, daß dadurch die Frankreich geschuldeten Goldmilliarden nicht erbracht werden.

Das ganze Problem der Entschädigungszahlungen, ebenso der französische Anteil daran müsse aufs neue

auf der Brüsseler Konferenz aufgeworfen

werden. Poincaré wünscht, daß auf dieser Konferenz gleichzeitig das Entschädigungs- und das Problem der interalliierten Schulden zur Sprache gebracht wird. In London habe die englische Regierung die Bewilligung eines Moratoriums an Deutschland beantragt, jedoch eine gleichzeitige Beratung des Reparationsproblems mit dem der interalliierten Schulden nicht zugeben wollen. Poincaré erinnert an die von ihm auf der Londoner Konferenz gestellten Forderungen, die u. a. auf die Errichtung einer Zollinie und ferner auf Vereinnahmung der Steuern im besetzten Gebiet durch die Alliierten, auf eine 60prozentige Beteiligung an den Gewinnen der deutschen Farbstoff- und Flugzeugfabriken hinausliefen usw. Poincaré will nicht daran glauben, daß die von Frankreich allein ergriffenen Pfänder sich als sehr wirksam erweisen würden. Die öffentliche Meinung irre, wenn sie an eine große Wirksamkeit dieser von Frankreich allein ergriffenen Pfänder glaube. Was die

Kapitalflucht

angehe, so habe Deutschland sein Versprechen, wirksame Maßnahmen dagegen zu treffen, nicht erfüllt. Die Reichsregierung habe auch erklärt, dem Sturz der Mark nicht steuern zu können, sofern nicht eine endgültige Regelung der Reparationszahlungen erfolge.

Es sei aber unzulässig, daß das Reich zur Gesundung seiner Finanzen an einen internationalen Kredit appelliere. Eine Anleihe müsse ausschließlich den Reparationszahlungen und nicht der Festigung des Markkurses dienen.

Auf der Brüsseler Konferenz werde Frankreich betonen, daß es als äußerste Maßnahme

Zwangsmittel unter allen Umständen

fordern müsse, wenn die Zahlungen auf anderem Wege nicht zu erlangen seien. Auch mit den Abkommen Stinnes-Lubersac werde man sich in Brüssel beschäftigen müssen. Vor allem aber werde die Frage diskutiert werden, ob die Forderungen Frankreichs auf den Weltmarkt bezogen werden könnten. Frankreich sei nicht imperialistisch. Es wolle Deutschland nicht erdrücken, wenn ihm aber in Brüssel nicht volle Genugtuung werde, was Poincaré jedoch hoffen will, so werde es nichts in der Welt zurückhalten, gegen Deutschland allein vorzugehen.

•

Gegen die wirtschaftliche Vernunft, die sich bei den Berliner Verhandlungen langsam in Marsch gesetzt hat, haben sich bereits zwei Opponenten zum Wort gemeldet: Stinnes in Berlin — wir besprechen sein Verhalten an anderer Stelle — und Poincaré in Paris. Man könnte es dem französischen Ministerpräsidenten zugute halten, daß die französische Oeffentlichkeit durch das Sinken des Frankkurses stark beunruhigt ist, das Bedürfnis, rasche Zahlungen zu erhalten, daher stärker empfunden wird. Herr Poincaré mag daher manchem politisch falsch unterrichteten Franzosen aus dem Herzen gesprochen haben, aber dieser taktische Erfolg ist durch eine weitere Verschlechterung der politischen Lage erkauft, die sich auch wirtschaftlich auswirken wird.

Auch Herr Poincaré, der nur Jurist, nicht Volkswirtschaftler ist, müßte allmählich begreifen, daß seine Reden nur dem Vorteil jener edlen Gesellschaft dienen, die ihren Erwerb dabei finden, die Mark und damit auch den Frank immer tiefer in den Abgrund zu stürzen. Hoffentlich werden die französischen Mitglieder der Reparationskommission, deren Verhalten in Berlin eine glatte Widerlegung der von Poincaré gegen Deutschland erhobenen Vorwürfe darstellt, in Paris angelangt, den Mut finden, ihrem Ministerpräsidenten volkswirtschaftlichen Aufklärungsunterricht zu erteilen, so gründlich, wie er ihn, nach seiner neuesten Leistung zu urteilen, braucht.

Beendigung der Berliner Verhandlungen.

Bevorstehende Entscheidung in Paris.

Die Reparationskommission hat der Reichsregierung als Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge ein Bestätigungsschreiben zukommen lassen. Wie der Sozialdem. Parlamentsdienst meldet, sagt sie darin, daß sie auf Grund des Inhalts der deutschen Stabilisierungspläne und mit Rücksicht auf sonstige Erwägungen in Paris in kurzer Zeit zur Beschlußfassung zusammentreten werde. Diese Beschlußfassung wird wahrscheinlich schon am kommenden Dienstag erfolgen. Die Beratungen in Paris beginnen am Montag vormittag.

Die deutschen Vorschläge haben, wie zuverlässig mitgeteilt wird, auf die maßgebenden Mitglieder der Reparationskommission einen nicht ungünstigen Eindruck gemacht, wenn auch vereinzelt noch konkretere Pläne gewünscht worden waren. Allgemein kann man sagen, daß der Aufenthalt der Reparationskommission in Berlin zum mindesten die Möglichkeit einer Verständigung gezeigt hat.

•

Die Reparationskommission reist am Freitag nachmittag 2 Uhr von Berlin ab; ihre Mitglieder werden sich vorher vom Reichskanzler und vom Reichsfinanzminister verabschieden.

Abschied der Sachverständigen.

Die von der Reichsregierung zur Erstattung eines Gutachtens über die Stabilisierung der Mark nach Berlin berufene Kommission von internationalen Sachverständigen hat ihre Arbeiten nunmehr beendet. Nachdem vor einigen Tagen bereits ein Gutachten von den Herren Brand, Cassel, Jenks und Keynes erstattet worden war, ist nunmehr ein zweites Gutachten mit den Unterschriften der Herren Dubois, Kamenka und Wissering der Reichsregierung überreicht worden. Dieses zweite Gutachten wird nach Fertigstellung der Uebersetzung gleichfalls veröffentlicht werden.

Nachdem die Herren Cassel und Keynes sich bereits am Mittwoch verabschiedet hatten, hat der Reichskanzler gestern, Donnerstag, die Herren Brand, Dubois, Jenks, Kamenka und Wissering zu einem Abschiedsbesuch empfangen und ihnen dabei den aufrichtigen und warmen Dank der Reichsregierung und des deutschen Volkes für die Bereitwilligkeit, mit der sie dem Rufe Folge geleistet haben, und für die hingebende und tiefgehende Bearbeitung der gestellten Fragen ausgedrückt. Die Reichsregierung erblicke in dem überreichten Gutachten die Aeußerung von freien Privatpersonen, die ihre Ueberzeugung frei von politischen Zielen und ohne irgendwelche Bindung für ihre Länder und die geschäftlichen Kreise, denen sie angehören, geäußert haben. Die durch solche autoritative Namen gestützten Gutachten werden nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland ernste Beachtung finden und zur Klärung der Meinungen beitragen. Der Reichskanzler gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeit der Herren nicht nur zum Besten Deutschlands, sondern auch aller anderen Völker wirken wird, die durch den Währungsverfall in Mitleidenschaft gezogen würden.

Volksgesundheit und Kohlenmangel.

Die Wirkung der Kohlenforderungen.

Anläßlich der Beratungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission über die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente machte Geheimer Obermedizinalrat Dr. Krohne vom Preußischen Wohlfahrtsministerium Ausführungen über die ernste Bedrohung unserer Volksgesundheit durch die wachsende Kohlennot, die von allgemeinem Interesse sind und verdienen, nachträglich wiedergegeben zu werden. Geheimrat Krohne wies an der Statistik nach, daß die Sterblichkeit, die sich nach dem Kriege infolge besserer Ernährung unseres Volkes allmählich wieder vermindert hatte, neuerdings wieder ansteige, und daß die vermehrte Sterblichkeit in der Hauptsache auf eine bedenkliche Vermehrung der Erkrankungen und Todesfälle an Erkältungen zurückzuführen sei. Er betonte deshalb, daß es eigentlich erforderlich sei, unserem Volke, namentlich den unbemittelten Volksschichten, im kommenden Winter mehr Kohlen zu liefern, als bisher möglich war, um ein weiteres Ansteigen der Erkältungskrankheiten zu verhüten. Dies sei um so mehr erforderlich, als gerade infolge der zunehmenden enormen Teuerung unserer Lebensmittel weite Schichten unseres Volkes beispielsweise nicht mehr in der Lage wären, sich den täglichen notwendigsten Bedarf an Fett zuzuführen. Gerade ein mangelhaft mit Fett ernährter Mensch habe aber ein erhöhtes Wärmebedürfnis und sei deshalb Erkältungen in besonderem Maße ausgesetzt. Unter diesen Umständen würde eine Mehrlieferung von Kohlen an die Entente unabsehbare gesundheitliche Gefahren mit sich bringen. Wenn die Entente von uns künftig 5 Millionen Zentner Kohle monatlich mehr verlange und erhalte, so müßte das die Wirkung haben, daß bei einer Annahme des Heizbedarfs einer Familie von nur 3 Zentner Kohle monatlich etwa 1 700 000 deutsche Familien keine oder keine genügende Kohle erhalten könnten, deshalb frieren und zu nicht geringem Teil an Erkältungen erkranken oder sterben müßten. Geheimrat Krohne kam deshalb zu dem Ergebnis, daß jede Mehrablieferung von Kohlen an die Entente vom Standpunkt der Volksgesundheit aus unerträglich sein würde.

Zeitungsverbot. Auf Grund des § 21 in Verbindung mit § 17 des Gesetzes zum Schutze der Republik ist vom Oberpräsidenten Hörsing das Erscheinen der „Mitteldeutschen Presse und Staßfurter Tageblatt" auf vier Wochen, vom 6. November bis 3. Dezember einschließlich, verboten worden.

Hugo Stinnes sagt Kampf an!

Nicht Markstabilisierung — Zehnstundentag!

Die Gutachten der ausländischen Sachverständigen über die Stabilisierung der Mark und die letzte Note der Reichsregierung an die Reparationskommission haben bereits eine erfreuliche Wirkung gehabt. Der Dollar, der nicht mehr allzuweit von 10 000 entfernt war, ist an der gestrigen Börse stark unter 8000 gesunken. Schon diese Tatsache zeigt die Richtigkeit der von der Sozialdemokratie seit Wochen verfochtenen aktiven Währungspolitik. Die Spekulation auf den Zusammenbruch der Mark konnte sich nur so hemmungslos entfalten, weil sie völlig gefahrlos war. Sie wird aber in dem Augenblick zurückhaltend, wo sie durch positive Maßnahmen statt des erhofften Gewinns einen Verlust befürchtet.

Noch bedeutsamer aber ist die Tatsache, daß die Gutachten der ausländischen Sachverständigen eine völlige Rechtfertigung der sozialdemokratischen Forderungen zur Währungspolitik sind. Beide Gutachten stimmen in dem Grundgedanken mit dem sozialdemokratischen Währungsprogramm völlig überein. Wir haben immer betont, daß während des Moratoriums die Gesundung der Wirtschaft vorbereitet werden müsse. Es ist sehr wertvoll, daß die ausländischen Sachverständigen diesen Grundgedanken ausgeführt haben und die finanztechnischen Einzelheiten dafür in eine genaue Formulierung brachten.

Unserer Initiative ist es auch zu danken, daß die Reichsregierung sich jetzt endlich zu der Anschauung durchgerungen hat, daß die Festlegung und Besserung des Markkurses die augenblicklich wichtigste und dringlichste Aufgabe der deutschen Politik ist, wie es in der letzten Note der Regierung heißt. Ebenso daß es möglich und nötig ist, schon jetzt zur Lösung des gesamten Reparationsproblems im Wege der Zusammenarbeit mit dem von den ausländischen Sachverständigen vorgeschlagenen Bankensyndikat und der aktiven Beteiligung der deutschen Reichsbank Maßnahmen zur Stützung der Mark zu ergreifen. Damit hat die Reichsregierung anerkannt, was ebenfalls von uns seit Monaten vertreten worden ist, daß Deutschland von sich aus zeigen muß, daß es die Markstützung durch Verwendung eines Teiles des Reichsbankgoldes und durch sonstige Finanzmaßregeln ermöglichen will. Denn erst auf Grund eines solchen eigenen positiven Willens kann von der Gegenseite eine ernsthafte Hilfe für uns erwartet werden.

Die Regierung sollte sich aber keine Illusionen darüber machen, wo der Feind ihrer Politik steht. Dieser Feind steht rechts. Er hat seine festesten Bollwerke in jenen Kreisen der Schwerindustrie und der Banken, welche bisher die Nutznießer der Inflation waren. In einem Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat gestern Stinnes eine überaus heftige Rede gegen die Note der Reichsregierung und gegen die Gutachten der ausländischen Sachverständigen gehalten. Er ist dabei vor dem Gebrauch der derbsten Ausdrücke nicht zurückgeschreckt. Er will unter keinen Umständen eine Stabilisierung der Mark, verlangt vielmehr die restlose Beseitigung des Achtstundentages und die Rückkehr zu einer zehnstündigen Arbeitszeit.

Es ist kein Zweifel, daß Stinnes nicht nur für seine Person geredet hat. Hier sprach er als Vertreter der Schwerindustrie, jener mächtigen und einflußreichen Gruppe, die jetzt alle Kraft einsetzt, um die Mark weiter in den Abgrund zu treiben. Wenn vor einigen Tagen in einer Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie der Zeitpunkt und die Voraussetzung für eine Stabilisierung der Mark für noch nicht gekommen erachtet wurde, so ist das ebenfalls nichts anderes, als der Wunsch, noch recht lange Nutznießerin der das Massenelend hervorrufenden Inflation zu sein.

Ist das Auftreten von Stinnes in dem Reichswirtschaftsrat hinter verschlossenen Türen schon ein Skandal, weil es die Spekulation auf den Niedergang der Mark erneut anreizt und der Reichsregierung die Durchführung ihrer Sanierungsabsichten ungeheuer erschwert, so kann man die Tatsache, daß er dieselbe Rede einige Tage früher bereits vor den ausländischen Sachverständigen gehalten hat, kaum anders als Landesverrat bezeichnen. Es ist daher vollkommen verständlich, daß bei den ausländischen Sachverständigen der Eindruck entstand, daß man schließlich mehr Angst vor der deutschen Industrie, als vor der französischen Regierung haben müsse.

Weshalb die Schwerindustrie sich so energisch gegen die Stabilisierung der Mark wendet, plaudert die „Deutsche Tageszeitung" unvorsichtig aus. In einem Leitaufsatz in der gestrigen Abendausgabe heißt es:

„Nun unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Stabilisierung der Mark für die deutsche Industrie zunächst sehr große Erschwerungen bringen würde, da die Spannung zwischen äußerer und innerer Valuta, die ihr in den letzten Jahren die Konkurrenz mit dem Auslande in bestimmendem Maße erleichterte, dann

eben in Fortfall käme, entweder völlig oder doch annähernd. Um diesen Faktor einigermaßen auszugleichen, brauchte die deutsche Industrie nicht nur unbedingt den Fortfall der Erschwerungen, die der Versailler Vertrag für die Betätigung der deutschen Wirtschaft im Auslande geschaffen hat: Sie braucht in gleicher Weise möglichste Intensivierung unserer gesamten produktiven Arbeit."

Also nur um der Schwerindustrie die durch die Inflation gesicherten Riesengewinne ungeschmälert zu erhalten, sollen die Arbeiter, Angestellten und Beamten für diese Herren schuften. Denn unter dem Schlagwort Produktionssteigerung verstehen die Industriellen lediglich Ausdehnung der Arbeitszeit, nicht aber Steigerung der Erzeugung unter vermehrter Verwendung produktiven Kapitals. Die Arbeiter sollen Opfer bringen, damit die Industriellen weiter die Möglichkeit haben, ohne irgendwelche eigenen Anstrengungen Riesengewinne zu erzielen.

Nicht der Achtstundentag hat bisher die Steigerung der Produktion in Deutschland verhindert, sondern die gewaltige Verlotterung des Produktionsapparats, die durch die Inflation ermöglicht wurde. In fast allen Industrien ist die Arbeitsleistung gegenwärtig wieder auf den Friedensstand gebracht oder hat ihn überschritten. Im Bergbau wie in der übrigen Schwerindustrie, in der Textilindustrie, in der Schuhindustrie und in zahlreichen anderen Gewerben ist die Leistung pro Kopf des einzelnen Arbeiters heute höher als früher. Wenn die Gesamtleistung der deutschen Industrie trotzdem hinter ihren früheren Leistungen zurückbleibt, so nicht nur wegen der mit den Gebietsverlusten verknüpften Verkleinerung der Produktionsbasis, sondern vor allem, weil die Großindustriellen jede positive Leistung zur Steigerung der Erzeugung durch technische Verbesserungen, durch produktive Verwendung ihrer Mehrgewinne unterlassen haben. Stinnes ist ja ein lebendiges Beispiel dafür. Statt neue Kohlenschächte anzulegen, hat er erst kürzlich rund 100 Millionen Mark verwendet, um sich in den Besitz der Berliner Handelsgesellschaft zu setzen, nachdem er vorher ungezählte andere Unternehmen mit eigenem oder fremdem Kapital in seine Abhängigkeit gebracht hat. Die Rückzahlung der geborgten Gelder möchte er natürlich lieber bei einem Dollarstande von 20 000 als bei einem solchen von 3000 vornehmen.

Aber ein Gutes hat dieser Vorstoß von Stinnes und vom Reichsverband der deutschn Industrie gebracht. Die politische Situation ist jetzt klar. Mit Stinnes gibt es keine gemeinsame Arbeit. Gegen seinen Versuch, die deutsche Volkswirtschaft in den Abgrund zu reißen, weil das ihm und einer Handvoll Schwerindustrieller Nutzen bringt, gibt es nur den schärfsten Kampf. Das gilt nicht nur für Herrn Stinnes, sondern für alle, die ihhm politisch hörig sind. Mit Leuten, die die Lebensinteressen der großen Masse der Bevölkerung leichten Herzens opfern, weil sie im Widerspruch stehen mit kapitalistischen Gruppeninteressen, kann es für die Sozialdemokratie, die Partei des Volkes, keinerlei Verständigung geben.

* * *

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der u. a. die „Umbildung der Regierung" besprochen wurde. Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet, verständigten sich die Vertreter dahin, in der am Dienstag beginnenden großen politischen Reichstagsdebatte übereinstimmend eine Erweiterung der Regierung zu fordern.

Dieser Beschluß der Arbeitsgemeinschaft kennzeichnet die Zerfahrenheit unserer innerpolitischen Lage. Während der maßgebendste Mann der Volkspartei im Reichswirtschaftsrat seinen Entschluß ankündigt, das Gebäude der Regierungspolitik umzustoßen, sitzen die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft miteinander gemütlich am Kaffeetisch und beschließen, die Aufnahme der Volkspartei in die Regierung zu verlangen. Es wird wohl im Reichstag noch Gelegenheit sein, sie zu fragen, wie sie sich die Zusammenarbeit eigentlich vorstellen. Sollen die Vorschläge der Regierung wieder für nichtig erklärt werden? Oder soll dem Ausland wieder einmal Gelegenheit gegeben werden, über „deutsche Hinterhältigkeit" zu klagen, die sich bei näherem Zusehen doch nur als die Geschicklichkeit erweist, den Regierungswagen vorn und hinten zugleich zu bespannen?

Dieses wenig praktische Verfahren wird augenblicklich in der Deutschen Volkspartei selbst angewendet. Während die „Deutsche Allgemeine Zeitung" die Regierungsvorschläge als „Politik des Fortwurstelns" verhöhnt, findet die „Zeit" es bemerkenswert, daß sich die Regierung für die Markstabilisierung so stark mache. „Darin", meint sie, „soll wohl die Andeutung liegen, daß die Regierung nur mit solchen Kreisen zusammenarbeiten kann, denen es um die Stabilisierung der Mark ernst ist." Hoffentlich sehr richtig, den Stinnes-Kreisen ist es aber nur damit ernst, die Stabilisierung um jeden Preis zu verhindern. Die „Zeit" rühmt dann die deutschen Vorschläge und meint, die Entscheidung liege nun ganz und gar bei der Reparationskommission. Wenn sie wirtschaftliche Vernunft habe, könne sie nicht zögern, andernfalls gebe es keine Möglichkeit mehr, eine Wirtschaftskrise von unübersehbarer Tragweite aufzuhalten.

Damit beschuldigt die „Zeit" ihren Parteifreund Herrn Stinnes, keine wirtschaftliche Vernunft zu haben und auf eine Wirtschaftskrise von unübersehbarer Tragweite hinzuarbeiten. Täte die Arbeitsgemeinschaft nicht gut, ihren großen Koalitionsdrang wenigstens so lange zu zügeln, bis diese doch nicht unwichtigen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Volkspartei geklärt sind?

Knillings Programmrede.

München, 9. November. (WTB.) In seiner Antrittsrede im Landtag führte der bayerische Ministerpräsident Dr. Knilling weiter aus: Bayern sei durch die von ihm nicht geschaffenen Verhältnisse zu seinem Leidwesen gezwungen gewesen, seine überkommenen Rechte auf Wahrung der einzelstaatlichen Selbständigkeit zu verteidigen. Das Heil Deutschlands erblicke er nicht in einem straffen Einheitsstaate, sondern in der Rückkehr zu den bewährten bundesstaatlichen Grundlagen unter Anpassung an die heutigen Verhältnisse. Die Weimarer Verfassung, als Notdach gezimmert, sei wie jedes Menschenwerk nichts Unabänderliches, nichts für alle Zeiten Feststehendes, sondern recht wohl verbesserungsbedürftig und -fähig. (Zustimmung rechts.) Der Weg zur Erfüllung der vom föderalistischen Standpunkt mit allem Nachdruck zu vertretenden Wünsche und Ziele sei aber

nur in gesetzmäßigem Rahmen

zu suchen. Schrankenloser politischer und kultureller Unitarismus wäre der Tod der deutschen Entwicklung. Nicht gegen das Reich, sondern für den Reichsgedanken trete Bayern ein und deshalb würde man Bayern nicht partikularistischer oder sogar separatistischer Absichten oder Bestrebungen zeihen, was er für seine Person von sich weise. Das Deutsche Reich werde am besten dann gedeihen, wenn seine einzelnen Staaten sich als lebendige Glieder des großen Ganzen fühlen. Hoffentlich würden die Ereignisse im heurigen Sommer nicht dazu beitragen, daß die Reichsfreudigkeit wieder der gleichen schweren Belastungsprobe unterstellt werde. Im gegenseitigen, wohlverstandenen Interesse des Reiches und Bayerns wünsche er das sehnlichst. Sein aufrichtiges Bestreben werde es sein, soweit wie es irgend möglich sei, der Wiederkehr jeglicher Erschütterung rechtzeitig entgegenzuwirken, soweit dies bei Bayern liege. Man sollte meinen, daß, wenn guter Wille auf beiden Seiten vorhanden sei, es doch gelinge,

künftigen Konflikten vorzubeugen.

Vorbeugen sei immer staatsklüger, als die Dinge auf die Spitze treiben zu lassen und sich schließlich einem kaum mehr entwirrbaren Durch- und Nebeneinander gegenüber zu sehen. Sollte gleichwohl, was er nicht erwarte und heraufbeschwören möchte, Bayern etwa neuerdings einen Angriff auf seine eigensten Lebensinteressen insbesondere seine Justiz- und Polizeihoheit abzuwehren haben, so werde man ihn jeder Zeit auf dem Plan finden, wenn es gälte, Bayerns Selbständigkeit zu verteidigen. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.) Eine Reichsregierung, die den berechtigten staatlichen Lebensnotwendigkeiten der Länder gebührende Rechnung trage, die eine zielbewußte von nationaler Würde getragene Reichspolitik als ihre Aufgabe betrachte, werde Bayern als den treuesten Gefolgsmann an ihrer Seite haben. Heute, wo niemand mehr sich der Tatsache des kläglichen Zusammenbruchs der Erfüllungspolitik um jeden Preis verschließen könne, erwarteten Unzählige in Deutschland, daß die Reichsregierung die Kraft zu einer solchen Politik finde, daß sie mit Entschlossenheit den Kampf gegen die infame Kriegsschuldlüge aufnehme, sich

gegen die unerfüllbare Wiedergutmachungspolitik

wende, gegen die unmenschliche Bedrückung durch die gegnerische Besatzung, unter der auch die Rheinpfalz hart zu leiden habe, mit der sich Bayern unlöslich verbunden fühle. (Lebh. Zustimmung.)

Der Ministerpräsident betonte weiter die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zum Heiligen Stuhl, die einer bayerischen Ueberlieferung entsprächen, und äußerte sich dann eingehend über die Maßnahmen auf innerpolitischem Gebiet. Ein weiterer Ausbau der bayerischen Landesverfassung dürfe nicht zurückgestellt werden. Insbesondere werde es notwendig sein, an die gesetzliche Regelung des Verfahrens bei Volksbegehren und Volksentscheiden baldmöglichst heranzugehen. (Zustimmung.) Im Zusammenhang damit werde auch die vom Gesichtspunkt der Staatspersönlichkeit Bayerns erhobene Forderung nach

Schaffung eines Staatspräsidenten

zu behandeln sein. Gerade die jüngsten Vorgänge hätten neuerdings bestätigt, daß im Staatsleben ein fester Pol in der Flucht der parlamentarischen Erscheinungen nicht entbehrt werden könne. (Zustimmung rechts und in der Mitte.) Was dem Reiche als notwendig erscheine und was sich dort als zweckmäßig bewährt habe, sollte einem Lande von solcher geschichtlicher Bedeutung und von so ausgeprägter staatlicher Eigenart wie Bayern nicht grundsätzlich vorenthalten werden. Seine erste Sorge werde darauf gerichtet sein, den Glauben an die Staatsautorität und die Achtung vor ihr durch unparteiischen Gesetzes- und Verwaltungsvollzug zu sichern und weiterhin mit allen verfügbaren Mitteln auf die

Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit

bedacht zu sein. Gegen jeden Versuch eines gewaltsamen Umsturzes werde er mit aller Entschiedenheit unterschiedslos eintreten. Befürchtungen in dieser Beziehung seien angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit über die traurige wirtschaftliche Lage leider nicht ganz ausgeschlossen, wenn er auch warnen möchte, jedes auftauchende Gerücht, das sich dann bei einer von der Staatsregierung angestellten Prüfung als grundlos erweist, ohne weiteres als erwiesene Tatsache hinzunehmen. (Sehr gut.)

Der Ministerpräsident schloß mit folgendem

Appell an das deutsche Volk:

Hinter der schweren allgemeinen Not des Volkes und Landes müssen alle anderen Streitfragen zurücktreten. Wie lange sollen wir noch dem Ausland das unwürdige Schauspiel bieten, daß wir uns in unserem Elend noch selber im Kampfe der Parteien und Stände zerfleischen? Wann endlich wird sich auch bei uns alles auf das hohe Gut besinnen, das uns in unserem tiefen Unglück allein geblieben ist: das gemeinsame Vaterland? Wann wird endlich jeder Deutsche gleich dem Engländer sich zu dem stolzen Wahlspruch bekennen: Das Vaterland hat immer recht! Wenn je eine Zeit dazu angetan war, alle ordnungsliebenden und staatserhaltenden Kräfte für die gemeinsame rettende Tat als große deutsche Notgemeinschaft zusammenzuschließen, so ist es die gegenwärtige. Der Ministerpräsident gab noch dem Wunsche Ausdruck, daß alle Kreise des Volkes für seine redlichen Absichten Verständnis haben und er bei allen tatkräftige Mitwirkung finde und erklärte, das Ziel, das er sich setze, sei ein Ziel für jeden Vaterlandsfreund: ein starkes Bayern in einem einzigen Deutschland.

Der Schluß der Rede wurde mit lebhaftem Beifall rechts und in der Mitte aufgenommen. In die Aussprache über die Darlegungen des Ministerpräsidenten wird der Landtag am nächsten Dienstag eintreten.

Die VSPD. interpelliert gegen das Fechenbach-Urteil.

München, 9. November. (Mtb.) Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat eine Interpellation eingebracht, die die bayerische Staatsregierung fragt, was sie zu tun gedenkt, um die Unabhängigkeit der Rechtspflege zu sichern und Fehlsprüche zu verhindern, die das Rechtsbewußtsein des Volkes schließlich noch vollständig zerstören müßten. In der Begründung wird ausgeführt, daß die bayerische Justiz seit Jahren durch unwiderlegte Tatsachen zu schärfstem Mißtrauen der breiten Volksmassen gegen die Rechtspflege Anlaß gebe. Vor kurzem habe das Volksgericht München in einem Landesverratsprozeß ein Urteil gefällt, das im ganzen Deutschen Reiche ohne Parteiunterschied als ein schwerer Rechtsirrtum angesehen werde. Dringende Abhilfe sei geboten. Die heute jeder Rechtsgrundlage entbehrenden Volksgerichte seien sofort aufzuheben.

Säuglingspflegeunterricht in den Schulen

Von Schwester Lydia Ruehland, Landesfürsorgerin.

Auch in diesem Jahre wird in einer Anzahl Ortschaften Anhalts Unterricht in Pflege und Ernährung des gesunden Kindes während der zwei ersten Lebensjahre in den obersten Mädchenklassen der Volks- und Mittelschulen erteilt, soweit Lehrkräfte vorhanden sind und sich dazu bereitfinden. Die im Vorjahr angestellten Versuche ermutigen zu weiterer Fortsetzung und zum Ausbau dieser wertvollen Belehrung auf einem der wichtigsten Gebiete der Erziehungsarbeit. Es ist ganz selbstverständlich, daß dieser Unterricht niemals etwas Vollgültiges sein kann. Von einer „Ausbildung" kann nicht die Rede sein, es handelt sich lediglich um eine vorbereitende Einführung in ein frauliches Pflichtgebiet, was unbedingt einer Ergänzung, einer Schulung bedarf.

Oberstes Ziel muß sein, jedem schulentlassenen Mädchen einen Besitz an hygienischen Kenntnissen und eine gewisse Grundlage für die richtige Pflege und Ernährung des jungen Kindes mitzugeben. Das ist Pflicht aller verantwortlichen, an der Fürsorge an Mutter und Kind beteiligten Stellen.

Anlage und Begabung vermögen viel, reichen aber nicht überall aus zur sachgemäßen Aufzucht eines Kindes. An zahllosen Beispielen läßt sich die unerbittliche Tatsache erweisen, daß gesunde Kinder, von gesunden Eltern stammend, in gesunde soziale Verhältnisse hineingeboren, dennoch zugrunde gehen, weil sie falsch ernährt, unrichtig gepflegt wurden, weil ihre Mütter von Gesundheitspflege keine Ahnung hatten.

Die übergroße Aengstlichkeit vor Luft und Licht, die dicken schweren Federbetten, die „sorgfältig" zugezogenen Gardinen am Verdeck des Kinderwagens, die das arme Kind gänzlich vom Genuß des Lichtes und der Luft abschneiden, die unvernünftigen Leckerbissen in der kleinen Kinderfaust (Schokolade, Backwerk trotz dieser harten Zeit der Not), alles das ist häufig die Ursache mangelhafter Knochen- und Muskelbildung, über die sich die Mütter noch wundern, denn „sie meinen es ja so gut" mit ihren Lieblingen. Unkenntnis und Unerfahrenheit der Mütter in gesundheitlichen Dingen gefährdet Leben und Gesundheit der Säuglinge und Kleinkinder in einer Weise, daß der gesamten Volkswirtschaft schwere Schäden erwachsen, die unbedingt beseitigt werden müssen.

Den Frauen, die bereits Mütter sind, kommen wir schwer bei. Die erwachsene weibliche Jugend können wir nicht erfassen, weil die schulentlassenen Mädchen meist sofort in das Erwerbsleben eintreten. So müssen wir uns damit begnügen, die Mädchen dort zu erfassen, wo wir ihrer noch habhaft werden können in einem Alter, wo ihnen der in Frage kommende Unterrichtsstoff wirklich noch Freude macht. Man muß die Regsamkeit und das freudige Interesse dieser Mädels erlebt haben — es wird ihnen ja nichts Fremdes, Fernliegendes geboten. Die meisten haben kleinere Geschwister, einige versehen Aufwartungen als Kindausfahrerin, manche spielen noch mit Puppen, anderen ist diese Neigung allerdings schon ein überwundener Standpunkt. Alle aber sind mit Begeisterung bei der Sache.

In der Forderung nach der obligatorischen Einführung der weiblichen Fortbildungsschule dürfen wir nicht erlahmen. Sie muß unmittelbar an die Schule angegliedert werden und den Mädchen die Grundlage geben für ihren eigentlichen weiblichen Lebensberuf — auch das unverheiratete Mädchen braucht hausfrauliche Kenntnisse. Diese Grundlage muß vor dem Eintritt in das Erwerbsleben, vor der Berufsbildung gegeben werden.

Nur die Fortbildungsschule mit einem Stundenplan, der eine weitestgehende Berücksichtigung des Hauswirtschaftsunterrichtes, sowie der Säuglings- und Kinderpflege vorsieht, kann infolge stofflicher Konzentration zu guten Ergebnissen führen.

Diese Lücke auszufüllen, will anscheinend noch gar nicht gelingen, obgleich es sich doch um die allereinfachsten Dinge der Welt handelt. Freilich — das einfachste soll ja oft gerade das schwierigste sein. Der Apparat des Schul- und Unterrichtswesens ist schwer verstellbar. Ja, wenn es sich um Jungen handelte! Oder — wenn mehr Frauen in Dingen, die sie selbst angehen, reden und — handeln dürften dort, wo Erlasse und Verfügungen geboren und herausgegeben werden! Männer haben für den Kleinkram der Hauswirtschaft und der Kinderaufzucht wenig übrig, um so weniger, je besser und tüchtiger ihre eigenen Frauen sind. So empfinden sie das Manko nicht, das sich in der Tiefe weiter Volkskreise zeigt. Viele sind überzeugt: hätten wir diesen Unterricht für die Mädchen, die Klagen über schlampige Hausfrauen, über Mütter, denen es an jeder Verantwortung ihren Kindern gegenüber fehlt, waren nicht so häufig, wie dies heute der Fall ist, ja sein muß, weil man es einfach unterläßt, in der weiblichen Jugend das staatsbürgerliche Denken, die volkswirtschaftliche Einstellung zu wecken. Ein Volk wird in der Hauptsache das sein, was seine Mütter sind.

Solange die bestehende Lücke nicht besser ausgefüllt wird, müssen wir uns darauf beschränken, den Unterricht in der Kinderpflege, der hauptsächlich auf gesundheitlicher Unterweisung basiert, überall dort zu erteilen, wo geeignete Frauen (Schwestern, Fürsorgerinnen, Lehrerinnen) vorhanden sind, die sich mit Liebe, Interesse und Sachkenntnis dieser Aufgabe unterziehen.

Wo dieser Unterricht recht gehandhabt wird, kann er sittliche Werte vermitteln, die nicht gering veranschlagt werden dürfen. Und wenn nichts weiter erreicht würde, als in den jungen Teilnehmerinnen innigere Geschwisterliebe, zartere Rücksichtnahme, vertiefteren Familiensinn zu wecken, so wäre die Arbeit nicht vergebens gewesen.

„Die Kunst der Gegenwart" hieß das Thema des Vortrags von Prof. Johannes Itten in der Sturm-Kunstausstellung. Sein Inhalt war die Weltanschauung des Künstlers und sein daraus entspringendes Kunst- und Glaubensbekenntnis. Itten geht von dem sehr richtigen Standpunkt aus, daß, um die Kunst der Gegenwart zu verstehen, man zuerst die Gegenwart selbst, den Zeitgeist, und den Gegenwartsmenschen zu begreifen suchen müsse. Der Gegenwartsmensch sei aber ohne inneres Ziel, und das komme daher, daß sein Verstand überentwickelt und sein Empfindungsleben unterdrückt sei. Dann entwickelte er seine Anschauungen über die Teilung des Menschen in das Geistige und das Körperliche mit dem dazu gehörenden ungeistigen Verstand. Das Herz sei der Wohnort des Geistes. Der Mensch habe dieser inneren Herzensstimme zu folgen. Seine Aufgabe sei, Ordnung auf der Erde zu schaffen, damit der Geist sich in der Materie vollkommen ausdrücken könne. Daß die Erde noch nicht in Ordnung sei, erkenne man daran, daß etwa Gewitter, Regen, explosive Entladungen stattfänden. Dies alles käme vom unharmonischen Gedanken. Und er zitierte Bibelsprüche. Als er dann endlich seine „erkenntnistheoretischen" und „metaphysischen" Darlegungen verließ, fand er wieder sehr treffende Sätze. Jeder Künstler schafft in seinem Werk nur sich selbst. Er kann nichts anderes geben als seine Individualität. Er spiegelt sich in seinem Kunstwerk und sucht sich selbst zu begreifen. Denn das Leben zu begreifen ist nur möglich, wenn man sich selbst begreift. Unsere Aufgabe ist nicht, in den Museen — den Friedhöfen des Geistes — das vergangene Leben herauszuklügeln, sondern mit dem gegenwärtigen Tag verbunden zu leben und ihn zu verstehen. Dann würden wir auch das Leben der andern Epochen erfassen. Von den Kunstrichtungen sei der Kubismus der Ausdruck für den kalten, trockenen Verstand, und wirkliche Künstler, wie Picasso, haben seine eisige Härte durch farbigen Gefühlsschleier abgestuft. Der Expressionismus käme dem Gefühlsausdruck am nächsten, da er das Seelische, das reine Erleben zu geben suche. Der Futurismus sei Erweiterung des Naturalismus, Betonung des Sinnlichen. Der Dadaismus endlich wollte alles durch die Rückkehr zum Kinde vereinigen. Das sei aber mißlungen, weil Erwachsene nicht Kinder sein können. Verbindung aller Elemente sei aber doch das wahre Ziel, und dieses sei nur im Stil zu erreichen. Stil ist Einheit, alle großen Kulturen hatten ihren Stil und ihre Religion (von Religio-Verbindung). Und dieses Schaffen aus religiösem Gefühl heraus ist Ordnung, Harmonie, Frieden.

Es ist erstaunlich, wie hier in buntem Durcheinander Wissenschaft und Glaube, Richtiges und Absurdes, tief Durcharbeitetes und Kindlich-naives sich mischen. Jedenfalls ist die Persönlichkeit Ittens interessant und ethisch wertvoll. Gleichzeitig zeigen aber die Ausführungen, wie gefährlich das künstlerische sich Hineinphantasieren in Weltenprobleme ist. M. C.

Auch ein „Schirmherr". In Leipzig existiert eine „Gesellschaft der Freunde der deutschen Bücherei", die außer ihren bibliothekarischen auch noch anderen Neigungen zu frönen scheint. Auf den Briefumschlägen der Gesellschaft steht in prunkenden Lettern zu lesen: „Schirmherr: Seine Majestät König Friedrich August von Sachsen." Das Kuvert, das uns vorliegt, trägt den Stempel „9. 11. 22", ist also genau vier Jahre nach dem denkwürdigen Tage abgesandt, an dem diese Majestät ihre getreuen Untertanen aufforderte, „ihren Dreck alleene zu machen". Wäre die Gesellschaft der Freunde der deutschen Bücherei der freundlichen Einladung ihres damaligen Landesvaters ebenfalls gefolgt, so hätte sie es vermieden, sich heute vor ganz Deutschland lächerlich zu machen. Denn wie dieser „Schirmherr" über Wissenschaften und Gelehrte dachte, davon haben gerade in diesen Tagen die Veröffentlichungen von Hans Reimann aller Welt erheiternde Kunde gegeben. Aber jeder blamiert sich, so gut er kann, und der Lauf der Welt wird dadurch nicht aufgehalten, daß es am Strand der Pleiße ein paar unheilbare Untertanen gibt, deren Zungen noch immer nach allerhöchster Spucke lechzen.

„Rote Nachtigall". Die Eröffnung des Kabaretts wird bis auf weiteres verschoben. Der Wirtschaftsbetrieb bleibt geöffnet.

Ueber „Süddeutsche Barockplastik" spricht Prof. Dr. Demmler heute abend 8¼ Uhr im Anlagegebäude der Universität (Hörsaal I). Kartenverkauf im Kunstgeschichtlichen Seminar (Anlagegebäude) und an der Abendkasse.

Der Erfolg der Minderheiten in Polen.

Der Ministerpräsident durchgefallen!

Warschau, 9. Nov. (OE.) Die Wahlergebnisse in den anektierten Ostgebieten zeigen einen überwältigenden Sieg des Minderheitenblocks, der in Wolhynien sämtliche 16 Mandate, in der Woiewodschaft Nowogrodek 5 von 6, in Brest-Litowsk 3 von 5 erlangt hat. Die Parteizugehörigkeit der gewählten 352 Abgeordneten verteilt sich wie folgt: Rechtsblock 139, bäuerliche Volkspartei (Witos-Partei) 57, Minderheitenblock 53, Polnische Sozialisten (PPS.) 37, radikale Bauernpartei „Wyzwolenie" 35, Nationale Arbeiterpartei 15, Skulski-Gruppe 7, ostgalizische Zionisten 14, ostgalizische Bauergruppe 5, der Rest fällt auf kleinere Gruppen, darunter 2 Kommunisten. Die Zahl der nichtpolnischen Abgeordneten stellt sich auf insgesamt 73. 20 Mandate stehen noch nicht fest, ferner die 72 Mandate der Reichsliste, doch werden diese an dem Gesamtbilde wenig ändern, da sie nach dem Verhältnis der bereits errungenen Mandate verteilt werden. Ministerpräsident Nowak, der Finanzminister Jastzembski und weitere zwei Minister, die sich um Sejmmandate, zumeist auf den Listen der liberalen National-Staatlichen Union, beworben hatten, sind durchgefallen. Den unerwarteten Erfolg des Minderheitenblocks und der Zionisten bespricht die polnische Presse mit größter Besorgnis. Sogar der liberale „Kurjer Poranny" meint, die Minderheiten würden für ihre Beteiligung an einer Links- oder Rechtsmehrheit, die ohne sie voraussichtlich nicht werde zustandekommen können, unannehmbare Forderungen stellen. Das Blatt verlangt die Nichtigkeitserklärung der Wahlen in den Ostgebieten. Sämtliche Parteien rüsten energisch zu den am Sonntag stattfindenden Senatswahlen, nach deren Abschluß der Kampf um den Präsidentenposten beginnt.

Bromberg, 9. November. (Mtb.) Die nationalen Minderheiten dürften 80 bis 90 Mandate erhalten, ein Ergebnis, das angesichts der ungeheuerlichen Wahlordnung die kühnsten Erwartungen übertrifft. Die nichtpolnisch-slawische Fraktion, die es bisher nicht gab, wird etwa 34 Abgeordnete zählen, die jüdische Fraktion dürfte ihre Mandatsziffer auf über 30 erhöhen, während die Deutschen mit etwa 16 Abgeordneten zu rechnen haben, womit die bisherige Mandatszahl verdoppelt wird.

Ein deutsch-tschechischer Ausgleich.

Die deutschen Sozialdemokraten im tschechoslowakischen Abgeordnetenhaus haben folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, der von drei tschechischen „unabhängigen" Sozialdemokraten, den Kommunisten aller Nationen, einer Anzahl Deutschbürgerlicher und der Slowakischen Volkspartei — also von der ganzen Opposition — mit 117 Unterschriften unterzeichnet ist:

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Es sei ein Ausschuß von 24 Mitgliedern zu wählen und zu beauftragen, Gesetzentwürfe über die Regelung der nationalen Verhältnisse und besonders über die rechtliche Stellung der im Staate lebenden Nationalitäten auszuarbeiten und binnen drei Monaten dem Hause vorzulegen.

Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei widmet diesem Antrag einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Für den nationalen Frieden!" Wir entnehmen unserem Bruderblatt folgende Ausführungen:

Der Antrag trägt 117 Unterschriften, er muß also nach der Geschäftsordnung, wenn sich nicht etwa die Regierungsparteien eines offenen Rechtsbruches schuldig machen, auf die Tagesordnung gestellt werden. Die Unterstützung, die er bei den anderen oppositionellen Parteien fand, behütet ihn davor, den Initiativausschuß passieren zu müssen, um dort sang- und klanglos begraben zu werden. Zum erstenmal seit Bestand des tschechoslowakischen Parlaments erzwingt hier die Opposition, daß auch ohne den Willen der Mehrheitsparteien ein Antrag auf die Tagesordnung gestellt werden muß. Die Mehrheit wird gut tun, nicht zu übersehen, daß dem Antrage, der den Willen zum nationalen Ausgleich aller den Staat bewohnenden Volksstämme ausdrückt, die Mehrheit der Bevölkerung zustimmt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch in einem großen Teile der tschechischen Bevölkerung ebenso die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit und Schädlichkeit der heutigen nationalen Verhältnisse, wie der Wunsch und Wille nach Anbahnung eines gerechten Ausgleiches lebt.

Unsere Partei hat in Altösterreich, als die Deutschen in der Machtstellung waren, nicht anders gesprochen, als jetzt durch diesen Antrag, und sie hat damals, ungeachtet aller nationalen Verfemung, um nichts weniger entschlossener und energischer als heute gegen die „Besitzstands"-Politik der Deutschbürgerlichen und für die dauernde Sicherung der nationalen Rechte aller Völker gekämpft.

Noch am 25. Juli 1914, als schon die Katastrophe des Krieges sichtbar war, erließen die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten einen Aufruf, in dem es hieß: „Wir wollen ein freies fortschreitendes Oesterreich, das sich aufbaut auf der Selbstregierung aller Nationen in diesem Staate, das allen die Möglichkeit kultureller Entwicklung bietet: wir wollen ein Oesterreich, das wirklich ein Bund freier Völker ist."

An den tschechischen Parteien ist es, zu zeigen, ob sie sich der gleichen Verblendung schuldig machen wollen, deren sich einstmals im Gefühle und Besitze der Macht die Vertreter des deutschen Bürgertums hingaben, und die mit zum schließlichen Verhängnis der deutschen Bevölkerung beitrug. Daß Vorrechte, die nur auf der Gewalt beruhen, auch wenn sie augenblicklich noch so fest begründet erscheinen, auf die Dauer keinen Bestand haben können, das zu erkennen sollte gerade den tschechischen Parteien nicht schwer fallen, deren Kampf um das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes trotz aller schier unüberwindlichen Hemmnisse so erfolgreich war. Im Rausche des Erfolges haben sie die Grundsätze von nationaler Gerechtigkeit vergessen, für die sie selbst gekämpft haben, und gegen Nationen, welche die Friedensverträge unter die Herrschaft ihres Staates zwang, übten sie eine womöglich noch ärgere Unterdrückungspolitik, als sie selber einst am eigenen Leibe zu spüren bekamen. Wollen sie die Beseitigung des lähmenden nationalen Streites und freie Bahn der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, dann werden und müssen sie dem Antrage der deutschen Sozialdemokraten, der den nationalen Frieden auf dem Boden dieses Staates anstrebt, zur Erfüllung helfen.

Wer könnte aufrichtiger als wir reichsdeutschen Sozialdemokraten wünschen, daß dieser Versuch unserer Freunde drüben Erfolg habe! Wissen wir doch, daß der nationale Ausgleich in der Tschechoslowakei den Staat des für sich selbst so demokratischen und freiheitlichen Tschechenvolkes von dem Odium befreien würde, ein zweites Altösterreich zu sein.

Mussolini will unterdrücken.

Gegenbewegung auf Sardinien.

Rom, 9. Nov. (Stefani.) In einem sechsstündigen Ministerrat unterrichtete Mussolini seine Kollegen von der Lage im Innern, die sich gebessert habe. Er sagte, alle Stadtverwaltungen, die seit dem 1. November gezwungen worden seien, zurückzutreten, und auch die seit dem 1. November besetzt gewesenen Arbeitskammern, sollten die Arbeit wieder aufnehmen. Mussolini erklärte, er wolle die Freiheit der Presse aufrechterhalten. Ferner teilte er Nachrichten aus Sardinien über eine Bewegung mit, die jedoch Anlaß zu Befürchtungen nicht gebe. Es seien Maßnahmen zur sofortigen Unterdrückung jedes Versuchs eines antinationalen Aufstandes getroffen worden. Die auswärtige Lage sei sehr heiket. Hinsichtlich Konstantinopels habe er dem Botschafter Garroni telegraphiert, er solle sich für die Bildung einer Einheitsfront gegenüber der Türkei einsetzen, die zwar Griechenland, aber nicht die Entente geschlagen habe.

Die gestrigen Abendfeiern.

In jedem Jahr am 1. Mai, am 11. August, dem Verfassungstag und am 9. November weist die reaktionäre Presse wieder und immer wieder im Stile sittlicher Entrüstung darauf hin, daß die Zeit viel zu ernst sei, um Feste zu feiern, aber niemals hat sie etwas dagegen einzuwenden, daß Krieger-, Schützen-, Militärvereine trotz Zeitennot ihren nationalistischen Klimbim begehen. Es ist eine bewußte Unwahrheit, wenn diese Presse dem Bürgertum einredet, der 9. November sei ein Tag, der von dem arbeitenden Volk als ein Jubel- und Freudenfest begangen werde. Schon lange vor dem Kriege hatten Partei und Gewerkschaften eine würdige, ganz vom künstlerischen Empfinden durchdrungene Form gefunden, um Feiern großen Stils zu begehen. Und dieses feierliche Moment überragte wie bisher in allen Novemberfeiern auch die Feiern des gestrigen Tages. Ueber 40 Veranstaltungen fanden in Berlin und in seinem engeren Umkreise statt, und über 40 Redner waren aufgeboten, um zu den Versammelten über die Bedeutung des Tages zu sprechen. Die trübe Nebelstimmung dieser Jahreszeit, der schwere Druck der auf uns lastenden Ententefaust und die durch maßlosen Egoismus zur Unerträglichkeit gestiegenen Nöte des Lebens haben bewirkt, daß die Massen weit mehr als in glücklichen Zeiten das Verlangen haben, sich enger zusammenzuschließen. So kam es, daß alle Versammlungen einen ausgezeichneten Besuch aufzuweisen hatten, der sich teilweise zu beängstigender Fülle ausdehnte. Die besten künstlerischen Kräfte in Musik, Gesang und Rezitation waren aufgeboten worden, um die kalte Not des Alltags für kurze Zeit abzulösen. Wieder war es auch vielfach die Jugend, die sich mit Liebe und Hingabe um die Ausgestaltung des Abends bemüht hatte. Ebenso hatten sich auch Arbeitersänger in den Dienst der Sache gestellt. Ueberall herrschte jene zuversichtliche und gehobene Stimmung, die so ganz besonders geeignet ist, heraus aus Bitternis und Mißmut, der kommenden schweren Zeit ein Gegengewicht zu bieten. Die Feiern erreichten zu gemessener Zeit ihr Ende, denn nach ein paar Stunden Schlaf dämmert bereits der neue schwere Arbeitstag herauf. Die tiefen Eindrücke dieser Revolutionsfeiern aber werden sich zu dem erhebenden Bewußtsein verdichten, daß man heute wieder fester denn je beieinander steht.

•

Auf dem Prenzlauer Berg sprach Genosse **Artur Crispien** in dem mit roten und schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückten großen Saal der Brauerei Böhow vor einer Kopf an Kopf gedrängten Menge. Er betonte, daß der 9. November, wie die Haltung aller übrigen Parteien bewiesen hat, ein Feiertag des sozialistischen Proletariats ist. Das sei begreiflich, da der 9. November ein Tag der proletarischen Revolution war, die nur durch die Ueberwindung der gesamten Bourgeoisie zum Sieg gebracht werden kann. Warum das Proletariat aus der Machtstellung, die es am 9. November 1918 hatte, zurückgedrängt worden ist, zeigte Genosse Crispien in längeren Ausführungen. Die Unreife der Massen hat es verschuldet, daß wir heute nicht mehr wie in den ersten Tagen nach dem 9. November eine sozialistische Regierung haben. Der Glaube, daß es genüge, die Demokratie anzuwenden, fing die Massen ein und endete im März 1920 mit dem Kapp-Putsch. Der Bolschewismus, der mit einer Minderheit regieren zu können meint und in Rußland bereits zusammengebrochen war, hatte in Deutschland seinen Zusammenbruch bei dem Aufstand im März 1921. Die Massen waren uns nach dem 9. November zugeströmt, aber wir müssen uns erst die Vorbedingungen für die Machtkämpfe schaffen, die wir zu führen haben, für die Kämpfe um die Republik, um den Achtstundentag und um andere Errungenschaften des 9. November. Diese eine Tatsache, daß wir damals die Macht hatten und heute um die Erhaltung der Republik kämpfen müssen, beweist, wie weit wir von unseren Zielen entfernt sind. Der 9. November 1922 findet die Bourgeoisie auf der ganzen Linie in der Offensive und das Proletariat in der Defensive, aber auch sie kann erfolgreich sein, wie die Wahlen in Sachsen soeben gezeigt haben, und sie wird wieder zur Offensive werden, wenn das Proletariat geschlossen den Kampf aufnimmt. In der Geschichte des Proletariats wird das Jahr 1922 gewürdigt werden als dasjenige, das die Epoche der Einigung eingeleitet hat. (Beifall.) Diese Einigung wird sich auch im internationalen Proletariat auswirken. Aber die Einigung hat erst begonnen und muß auch die Proletarier erfassen, die noch nicht zu uns gehören. Wir müssen ihnen klarmachen, daß nicht die sozialistischen Minister an der Not dieser Zeit schuld sind, sondern daß der Krieg all das Elend über uns gebracht hat. Wenn wir zum Schutze der Republik zu kämpfen entschlossen sind, so geschieht das nicht, weil etwa die Republik uns schon als Verwirklichung des Sozialismus gälte. Der Sozialismus will eine große internationale sozialistische Gesellschaft aller Völker schaffen, die planmäßig produziert und planmäßig die Produkte verteilt. Aber die Republik ist eine Vorstufe für den weiteren Kampf um den Sozialismus. Fällt die Republik, so fallen für unabsehbare Zeit auch die Organisationen des Proletariats. Darum ist es uns bitter ernst mit dem Wort, daß wir die einzige zuverlässige Stütze der Republik sind, obwohl diese Republik keine sozialistische ist. Niemand weiß, wann der Sieg kommen wird. Wir Alten wissen nicht, ob wir ihn erleben werden. Aber das wissen wir, daß nichts von dem, was wir tun, verloren ist. Was wir nicht erreichen können, werden die Jungen erreichen. Unsere Aufgabe ist es, die Kräfte des Proletariats lebendig zu machen. Aus allen Erfahrungen, die der Krieg und die Revolution uns gebracht haben, sollen wir die Lehre ziehen, daß das Proletariat unüberwindlich ist, sobald es das Bewußtsein seiner Macht hat und sich zusammenschließt zum Kampf gegen Gewalt. Alle unsere Kämpfe richten sich nicht nur gegen den deutschen Kapitalismus, sondern gegen den internationalen. Die Weltrevolution des Proletariats, die schon im Werden ist, wird ihre Vollendung finden. Sie wird einen neuen 9. November über die Menschheit bringen, und dann werden wir aus der halben Revolution die ganze machen. In dem Sieg der proletarischen Revolution werden wir die Menschheit von aller Unterdrückung befreien. (Stürmischer Beifall.) — In dem künstlerischen Teil der Feier wirkten mit: Das Waghalter-Quartett (Tonwerke von Beethoven und Haydn), der Tenorist Roland Hell und die Rezitatorin Elfriede John. Stärksten Erfolg hatte die Rezitation einer Szene aus Gerhart Hauptmanns „Webern".

In Neukölln feierte die organisierte Arbeiterschaft in der „Neuen Welt" den Revolutionstag. Der Kreisbildungsausschuß hatte ein umfangreiches und wohldurchdachtes Programm aufgestellt. Namhafte Künstler, wie die Kammermusikvereinigung der Kapelle der Staatsoper, der Tenor Paul Bauer und der Rezitator Mederow, Mitglieder des Großen Schauspielhauses, waren gewonnen. Alle Künstler gaben ihr Bestes. Dankbar quittierte das Publikum mit rauschendem Beifall. Die Festrede hatte Genosse Haenisch übernommen. Er führte u. a. aus: Leider ist die Geschichte der letzten vier Jahre nach der Revolution gezeichnet und auch geschrieben mit Blut. Diese furchtbaren Jahre sind aber zugleich eine Kette des politischen Meuchelmordes. Die Revolution hat uns die Einigkeit des Reiches gebracht, aber seit jener Zeit sind auch Kräfte am Werke, um die Einheit des Reiches zu zerreißen. Sehen Sie nach Bayern und dem Rheinland, Wenn die „vaterlandslosen Gesellen" nicht gewesen wären, dann wäre es wohl längst mit der Reichseinheit dahin. Nichts wäre sinnloser, zu behaupten, die Not und das Elend sei erst seit der Revolution eingezogen. Wären jene Kreise, die heute am lautesten die alte Monarchie wieder verherrlichen, am Ruder geblieben, dann würde es uns noch tausendmal schlechter gehen. Gewiß haben wir noch nicht alles erreicht, es bleibt noch vieles zu tun, aber heute feiern wir zum erstenmal den 9. November im Zeichen der Einigung. Daß diese Einigung ein scharfes Schwert ist, das haben uns die Wahlen in Sachsen bewiesen. Genosse Haenisch schloß mit der Aufforderung, einzutreten für die Ziele der geeinten Sozialdemokratie und sich um das Banner der Freiheit und Brüderlichkeit zu scharen.

Der dritte Kreis, Wedding, veranstaltete einen Kunstabend in den Pharussälen. Der Meineckesche Männerchor unter der Leitung des Chormeisters Joseph, ein Quintett der Kammermusikvereinigung und Rezitationen Konradis sorgten für einen genußreichen Abend. Die Festrede hielt der Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt. Er wies hin auf die Mission der Sozialdemokratie, gegenüber den demagogischen Angriffen von rechts und links die Errungenschaften der Revolution zu behaupten. Ganz besonders beleuchtete er das skrupellose Treiben der Börse, bei dessen Verteidigung alle bürgerlichen Parteien gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium einig seien. Mit einem Appell an die sozialdemokratische Arbeiterschaft zur Einigkeit schloß die eindrucksvolle Rede. Reicher Beifall des übervollen Saales belohnte den Redner.

In Lichtenberg sprach in der überfüllten Aula des Realgymnasiums Reichstagsabgeordneter Genosse Hugo Heimann. Er gedachte der Bedeutung des Tages, der erst in der Zukunft seine volle Würdigung finden werde. Gewaltige Aufgaben habe die Sozialdemokratie zu erfüllen, eine lange Zeitepoche werde dazu noch erforderlich sein. Die Lehren der Moskauer erblicken in der Doktrin, in der Form alles, in dem Inhalt nichts. Wir sind mit unserem verstorbenen Wilhelm Liebknecht der Ueberzeugung, daß Wissen Macht bedeutet und daß die Geschicke des Landes nur mit Erfolg geleitet werden, wenn das Wissen hierfür vorhanden ist. Im Hinblick auf all die der Sozialdemokratie durch die Revolution entstandenen Aufgaben können wir diesen Tag als einen Tag der Verpflichtung zur Erfüllung und als eine wichtige Position auf dem Wege zur Erreichung unserer Ideale bezeichnen. Einige der schwersten Vorwürfe, die wir den Führern der Kommunisten machen müssen, ist der, daß sie den Todfeinden der Arbeiterklasse, der Deutschnationalen Volkspartei, den Steigbügel halten. Reicher Beifall lohnte dem Redner.

In Friedrichshagen fanden sich die Teilnehmer in der Brauerei Seestraße zusammen. Ein gut zusammengestelltes Orchester leitete die Feier mit der „Freundschaftsflagge" von Blon ein. Dann folgte Rossinis Ouvertüre zu „Wilhelm Tell". Nach dem Vortrag von Uthmanns „Sturm", vorgetragen vom Gesangverein „Eintracht", hielt Genossin Klara Bohm-Schuch die Festrede. In ergreifenden Worten würdigte sie die Bedeutung des Revolutionstages. An diesem Tage müsse ein Sturmwind durch das deutsche Volk gehen, ein Sturmwind, der alle wieder aufrüttelt und denken läßt, was früher war. Die Rechtlosigkeit der Frau im alten Kaiserreich müsse immer wieder eine Mahnung besonders für die Frauen sein. Diese furchtbare Zeit darf niemals wieder auferstehen! Die Zeit, in der wir jetzt leben, ist ernst. Das internationale Kapital rüttelt an den Wurzeln des Sozialismus, die aber stark genug sind, um allen Widerständen Trotz zu bieten. Wir müssen heute schaffen um das liebe Brot. Vier Jahre sind vergangen seit dem Tage, den wir schon so lange ersehnten. Und in diesen vier Jahren haben wir viel verloren. Da heißt es die Kraft zusammenzuraffen, um das zu verteidigen, was geblieben ist. Sollte auch das uns genommen werden, können wir erst empfinden und verstehen lernen, was überhaupt errungen worden war. Wir müssen wissen, daß wir einen Machtfaktor darstellen, und um unserer Kinder willen darf es zum Verluste der wenigen Rechte, die die Revolution uns gegeben, niemals kommen. Für den wahren Frieden sollen alle arbeiten. Er darf kein leeres Gebilde in uns sein, nachdem ein solcher Krieg vergangen ist. Wenn Freiligrath in einem Gedicht im Jahre 1848 die Toten an die Lebenden eine strenge Mahnung richten läßt, so muß die Erinnerung unsere Kräfte stählen. Am vierten Geburtstage der jungen Republik wollen wir das Gelöbnis ablegen: Wir wollen frei werden im freien Staat! — Lebhafter Beifall dankte der Rednerin. Rezitationen, Musikdarbietungen sowie das alte Trutzlied „Lord Foleson" umrahmten die schlichte Feier.

In Wilmersdorf fand die Feier im Saale des großen Viktoriagartens statt. Der Raum erwies sich als zu klein für die übergroße Zahl der Erschienenen. Die Festrede hielt Genosse Alexander Stein. Weit entfernt von jeder Schönfärberei, zeichnete er offen die Situation, in der sich vier Jahre nach der Revolution vom Jahre 1918 das Proletariat in Deutschland befindet. Wohl fehle es nicht ganz an erfreulichen Erscheinungen, insbesondere in Sachsen und Thüringen habe die Arbeiterschaft es verstanden, die Errungenschaften des November zu behaupten. Aber es sei bezeichnend genug, daß außerhalb dieser Staaten der Gedenktag der Revolution nirgends als offizieller Festtag anerkannt sei, daß vielmehr die Mächte der Reaktion und des Kapitalismus drauf und dran seien, die Arbeiterschaft in das alte Joch zurückzudrängen. Die Teuerung und Geldentwertung sei eine Blockade, wirksamer und nicht weniger gefährlich als die vom Feindbund während des Krieges über Deutschland verhängte. Das Proletariat müsse diese Blockade brechen und dafür sorgen, daß die Republik sich mit wahrhaft sozialistischem Geiste erfülle. Im Zeichen der Einigkeit werde und müsse dies gelingen. Musikalische und deklamatorische Darbietungen von hoher künstlerischer Qualität schufen der gelungenen Feier einen wirkungsvollen Rahmen.

(Raummangel nötigt uns, die Berichterstattung über die Veranstaltungen, die ja im übrigen gleichartig verliefen, nur auf einen Teil der Feiern zu beschränken. D. Red.)

Das Attentat auf Harden vor Gericht. Den unter dem Verdacht der Beteiligung am Harden-Attentat Verhafteten, Grenz und Weichert, ist jetzt die Anklageschrift zugestellt worden. Die Anklage lautet gegen Weichert auf Beihilfe, gegen Grenz auf Anstiftung zum Mordversuch. Der Prozeß wird voraussichtlich Anfang Dezember zur Verhandlung kommen.

Der Hungerstreik in Görlitz eingestellt. Der Hungerstreik in der Strafanstalt Görlitz ist nunmehr auch von den vier Gefangenen, die noch im Streik verharrten, aufgegeben worden. Ferner haben sich die Gefangenen bereit erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der „Fall Bazille", der in diesem Sommer durch den Genossen Keil im Reichstag zur Sprache kam und damals großes Aufsehen erregte, dürfte nunmehr auch die Gerichte beschäftigen. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags hat beschlossen, das Plenum zu ersuchen, die Genehmigung zur Strafverfolgung und zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Bazille zu erteilen.

Die litauischen Sejmwahlen ergaben für die christl. Demokraten 38, die Volkssozialisten 19, die Sozialdemokraten 11, die Kommunisten 5, die Juden 3 und die Polen 2 Sitze; es kann also leicht zu einer Linksmehrheit kommen.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnsteuer und Geldentwertung.

Der rapide Sturz der Mark bedeutet für die Arbeiterschaft eine ernste Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Löhne vermögen der Entwertung des Geldes nicht nachzufolgen; die Kaufkraft der Nominallöhne wird immer geringer. Hinzu kommt, daß gleichzeitig automatisch mit der Erhöhung der Nominallöhne der Prozentsatz wächst, den die Lohn- und Gehaltsempfänger als Einkommensteuer von ihrem Einkommen abzugeben haben. Die in absoluten Zahlen festgesetzten Abzüge für Werbungskosten fallen den ständig wechselnden Steuerbeträgen gegenüber immer weniger ins Gewicht, so daß der Prozentsatz der tatsächlichen Abgabe ständig steigt. Für die meisten Arbeiterkategorien hat er sich bisher seit dem Juli dieses Jahres verdoppelt. Berücksichtigt man ferner, welches Ausmaß die Abzüge für die Sozialversicherung vom Arbeitslohn angenommen haben und rechnet man die Gewerkschaftsbeiträge ab, so ergibt sich insgesamt eine Belastung, die etwa ein Viertel des Bruttoverdienstes beträgt. Eine erhebliche Verschlechterung der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger ist dabei unvermeidlich, und die durch den Marksturz hervorgerufene Verschärfung der Einkommensteuer fällt dabei am stärksten ins Gewicht.

Auf der anderen Seite gibt das Fortschreiten der Markentwertung allen Kreisen, die nicht von der Lohnsteuer betroffen sind, die Möglichkeit, sich bei der Bezahlung der Einkommensteuer steuerlich zu entlasten. Sie zahlen ihre Steuern ein Jahr später mit einem Gelde, das auf ein Zehntel seines Wertes oder noch weiter gesunken ist, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Veranlagung bei diesen Kreisen nicht so scharf durchgeführt wird wie bei den Lohn- und Gehaltsempfängern. Das sprechendste Beispiel hierfür bietet die Zwangsanleihe, die heute nicht mehr eine Goldmilliarde, sondern kaum 100 Goldmillionen wert ist. Dabei sind auf die 70 Papiermilliarden bisher nur etwa 2,5 Milliarden Mark eingezahlt, — ein Beweis, daß der deutsche Besitz auf die weitere Entwertung der Mark zum Nachteil für die Finanzen des Reiches spekuliert.

Gegen diese Entwicklung, die von den Lohn- und Gehaltsempfängern immer härter empfunden wird, muß rasch eingeschritten werden, einmal um der Verschlechterung der Lebenshaltung durch die automatische Verschärfung der Einkommensteuer entgegenzuwirken, dann um die immer drückender werdende soziale Ungerechtigkeit in der steuerlichen Belastung auszugleichen. Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat deshalb einen Antrag auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes eingebracht, der denk Schutze der Lohn- und Gehaltsempfänger dienen soll. Er verlangt eine Abänderung des Tarifes entsprechend der Geldentwertung. Insbesondere verlangt er eine Vervierfachung der Abzüge für das Existenzminimum und für Kinder, sowie eine Verfünffachung der Werbungskosten. Die Abzüge für Mann und Frau sollen demnach je 160 M., für jedes Kind 320 M. und für Werbungskosten 450 M. monatlich betragen.

Diese Regelung kann selbstverständlich nur ein Provisorium darstellen, bis die Einkommensteuer gründlich durchgearbeitet werden kann unter dem Gesichtspunkte, daß mit fortschreitender Geldentwertung sich ihre Sätze automatisch verändern. Zu den Maßnahmen, die noch ergriffen werden müssen, gehört auch die Festsetzung einer monatlichen Vorauszahlungspflicht der Veranschlagungspflichtigen, die entsprechend der Geldentwertung festzusetzen ist. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion will jedoch zunächst einmal die Lohn- und Gehaltsempfänger gegen die schlimmsten Härten und Ungerechtigkeiten schützen, mit denen sie die Lohnsteuer nach den bisherigen Sätzen infolge des rapiden Marksturzes bedroht.

Novemberlöhne für das Buchbindergewerbe.

Für die Buchbindereien und die papierverarbeitende Industrie sind am 8. November in Weimar neue Löhne für den Reichstarif vereinbart worden und betragen nunmehr die Spitzenlöhne für verheiratete Arbeiter in Ortsklasse I bis IV ab 9. bis 22. November 157, 152, 146, 140 M., ab 23. bis 29. November 172, 167, 160, 154 M., für Arbeiterinnen ab 9. bis 22. November 89, 84, 80, 77 M., ab 23. bis 29. November 97, 92, 88, 85 M. Die Zulagen betragen 55 bis 77 Proz. und bewegen sich im wesentlichen auf der Höhe der letzten Buchdrucker-Zulage.

Die Not der Gewerkschaften.

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß die Geldentwertung auch die Gewerkschaften ganz empfindlich trifft und ihre Beitragserhöhungen trotz der Anpassung an die Löhne weit hinter den Preissteigerungen, bei denen insbesondere auch die hohen Papierpreise eine große Rolle mit spielen, zurückbleiben, wie ja auch die Löhne mit den Preissteigerungen nicht mitkommen.

In Kiel mußte das Arbeitersekretariat geschlossen werden, da die Mittel zu seiner Erhaltung nicht mehr aufgebracht wurden. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" knüpft an diese unangenehme Mitteilung folgende Bemerkungen:

„Es ist sehr zu bedauern, daß es den Gewerkschaften nicht möglich war, das Arbeiter-Sekretariat aufrechtzuerhalten. Die Auskunftsuchenden werden nur zu bald merken, welche Stütze ihnen verloren gegangen ist. Wären alle organisierten Arbeitnehmer zu erhöhten finanziellen Leistungen bereit gewesen und hätte die Stadt einen höheren Zuschuß übernommen, dann würde die Schließung nicht erfolgen. Den Schaden hat die Allgemeinheit, wenn das gemeinnützige Institut nicht mehr besteht."

Wir nehmen ohne weiteres an, daß der Ortsausschuß des ADGB. alles versucht hat, das Arbeitersekretariat zu erhalten, bevor er sich zu dessen Preisgabe entschloß. Immerhin sollte es möglich sein, uns diese segensreichen Einrichtungen zu erhalten, solange sie nicht überflüssig geworden sind. Selbst auf die Gefahr hin, daß das Prinzip der vollständigen Unentgeltlichkeit der Auskünfte preisgegeben werden müßte, das sich unter den heutigen Umständen wohl kaum aufrechterhalten läßt.

Für die Gewerkschaftsmitglieder aber muß dieser Fall eine Mahnung sein, sich der Einsicht in die Notwendigkeit höherer Gewerkschaftsbeiträge nicht zu verschließen. Es steht dabei noch weit mehr auf dem Spiel, als die Arbeitersekretariate, deren Existenz zweifellos recht wertvoll ist. Gerade jetzt, wo die Beitragsleistung sich nach der Lohnstufe richtet, gibt es manchen „Sparsamen", der in einer niedrigeren Stufe steuert, ohne zu bedenken, daß er dadurch die Sache seiner Gewerkschaft, seine eigene Sache empfindlich schädigt. Gewiß, der Anforderungen an die Geldtasche des Arbeiters und Angestellten sind heute viele. Dennoch kann und darf hier nicht gespart werden, wenn wir unsere Einrichtungen und schließlich unsere ganze Organisation aufrecht, lebensfähig und schlagfertig erhalten wollen. Dafür darf uns kein Opfer zu groß sein — auch zur Erhaltung unserer Parteipresse nicht.

Beamten- und Arbeitsrecht.

Am Mittwoch tagte in den Sophiensälen eine Mitgliederversammlung des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, in der Dr. Heinz Potthoff einen Vortrag über Beamten- und Arbeitsrecht hielt. Nach dem Vortrag nahm die Versammlung folgende Entschließung einstimmig an:

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Bezirks Berlin des Reichsverbandes stellt sich auf den Standpunkt der Ausführungen von Dr. Heinz Potthoff über Beamten- und Arbeitsrecht. Sie erkennt in dem Kampf um die Grundlagen des künftigen Beamtenrechts in der Form der Eingliederung des Beamtenrechts in das soziale Arbeitsrecht eine gewerkschaftliche Hauptforderung zur Besserung der sozialen Lage der Beamtenschaft. Die Versammlung hält deshalb eine Unterstützung der gewerkschaftlichen Beamten-Spitzenorganisation für geboten, die diese Forderungen als Programmpunkt vertritt.

Entlohnung des Krankenpflege-Lehrpersonals.

In Nr. 455 des „Vorwärts" brachten wir bereits eine Zuschrift der Sektion Gesundheitswesen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, in der auf die schlechten Lebensverhältnisse der in den städtischen Krankenanstalten beschäftigten Krankenpflegelehrpersonen hingewiesen wurde. Das Nachrichtenamt des Magistrats suchte durch eine Darstellung des Stadtmedizinalrats, der wir in Nr. 465 Raum gaben, die Lebensverhältnisse zu beschönigen, doch mußte es die Richtigkeit der Schilderung durch die Organisation in der Hauptsache zugeben. Beschwichtigend wurde bemerkt, daß am 29. September bereits neue Verhandlungen im Hauptgesundheitsamt begonnen hätten.

Die Organisation teilt uns jetzt mit, daß inzwischen eine weitere Verschlechterung dadurch eingetreten sei, daß die Abzüge erhöht wurden, die Bezahlung aber die gleiche geblieben sei.

In Frage kommen 300 Personen, die zusammen einschließlich Wohnung und Beköstigung rund 16 Millionen Mark pro Jahr beziehen, dabei aber 300 Krankenpfleger bzw. -pflegerinnen ersetzen, für die 96 Millionen Mark aufgewendet werden müßten. Statt aller weiteren Ausführungen möchten wir nur auf die Gefahr hinweisen, die sich unter Umständen für die Kranken aus diesen unhaltbaren Lebensverhältnissen ergeben könnte, und die folgende Entschließung veröffentlichen:

„Die am 7. November in den Andreas-Festsälen versammelten Funktionäre der im Lohnkartell zusammengeschlossenen Verbände haben mit Entrüstung Kenntnis genommen von der unter jeder Kritik stehenden Entlohnung der in den städtischen Anstalten beschäftigten Krankenpflegelehrpersonen. Es muß als ein Skandal bezeichnet werden, wenn diese Arbeitnehmer Barbeträge bis zu 86 M. monatlich ausgezahlt bekommen. Die Versammelten sind sich darüber klar, daß von verschiedenen Seiten die Absicht verfolgt wird, es den unbemittelten Kreisen unmöglich zu machen, sich in der Krankenpflege betätigen zu können. Sie stehen aber auf dem Standpunkt, daß die Pflege von kranken Proletariern Aufgabe der Proletarier selbst ist, weil nur sie in der Lage sind, das nötige Verständnis für die Leiden ihrer Klassengenossen aufzubringen.

Die freigewerkschaftlichen Funktionäre der städtischen Betriebe fordern daher vom Magistrat der Stadtgemeinde Berlin und ganz besonders von dem Leiter der Deputation für das Gesundheitswesen, daß diese unwürdigen Zustände sofort beseitigt werden."

Wie steht's mit der Berufslehre?

Die wirtschaftliche Seite dieser Frage hatte früher nur insofern Bedeutung, als es sich darum drehte, ob der Ausgelernte in dem erlernten Berufe sein Fortkommen findet oder ob er wenigstens in gleicher oder verwandter Tätigkeit in der Industrie seine erworbenen Kenntnisse verwerten kann. Bevorzugt wurden solche Gewerbe, in denen man „selbständig" werden konnte, meist Kleingewerbe, die mit Lehrlingen übersetzt waren und den beruflichen Nachwuchs nur zu einem geringen Teil behalten konnten, den größeren Teil aber an die Industrie abstießen. Wenn auch nicht jeder Arbeiter und Angestellte seine Kinder in die Lehre geben konnte, so suchten es dennoch die meisten möglich zu machen. Am leichtesten war es noch da, wo der Lehrling Kost und Bett beim Meister hatte, und die Eltern Lehrgeld zahlten. Manche Berufe machten das patriarchalische Lehrverhältnis zur Bedingung und wehrten sich oft noch gegen die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges für die Gehilfen. Das ist heute anders geworden.

Die Eltern sollen während der drei- oder gar vierjährigen Lehrzeit die volle Unterhaltung der Lehrlinge bestreiten und das Kostgeld, das die Lehrlinge erhalten, reicht meist nicht einmal mehr zu dem in der Großstadt nötigen Fahrgeld. Die Handwerkervereinigungen wehren sich mit Händen und Füßen gegen eine tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung, muten vielmehr den Eltern zu, Verträge auf drei oder vier Jahre einzugehen, die man heute kaum mehr auf drei oder vier Wochen eingehen kann. Die Folge ist natürlich eine starke Abkehr von der Berufslehre. Soweit sie dazu beiträgt, die Lehrlingszüchterei einzudämmen, den Zuzug von Berufen fernzuhalten, die den jungen Leuten für ihre Zukunft absolut nichts mehr bieten können, ist sie nur zu begrüßen. Umgekehrt ist sie bedenklich für Berufe, die für gelernte Arbeitskräfte aufnahmefähig sind und in denen die Lehrlinge Handfertigkeiten erlernen, die sie jederzeit auch in Industriebetrieben verwerten können.

Die in technischer und auch mit in pädagogischer Beziehung vollkommenste Lehre ist die in einer Lehrwerkstätte der Großbetriebe. Abgesehen von den wirtschaftlichen Anforderungen, die auch hier in hohem Maße an die Eltern gestellt werden, kommt diese Art der Lehre nur für einen verschwindend geringen Teil junger Leute in Betracht. An die Errichtung von Staatslehrwerkstätten, die gerade jetzt sehr wünschenswert wären, ist eben jetzt am wenigsten zu denken.

Ohne die Nachteile zu verkennen, die sich aus einem Mangel an gelernten Arbeitskräften später einstellen müßten, dürfen sie doch auch nicht überschätzt werden. Die lebensfähigen Gewerbe, denen an einem gut ausgebildeten Nachwuchs gelegen ist, müssen wohl oder übel auch materiell dazu beitragen, indem sie die Lehrlingsentschädigung fortlaufend dem gesunkenen Geldwerte anpassen und es so den Eltern wirtschaftlich möglich machen, Lehrverhältnisse für ihre Söhne und Töchter einzugehen. Das verminderte Angebot wirkt in dieser Beziehung fördernd. Wenn rückständige Gewerbe nicht mehr soviele Lehrlinge bekommen, um daraus ein Nebengeschäft zu machen durch Ersparung gelernter Arbeitskräfte, so ist das wie schon angedeutet eher ein Vorteil als ein Nachteil.

Schließlich steht es aber auch mit der Tätigkeit der ungelernten Arbeiter längst nicht mehr so, als ob sie lediglich in Handreichungen und Arbeiten ganz untergeordneter Natur bestände. Auch hierbei gibt es dies und jenes zu erlernen. Angewöhnung und Anpassung, kurzum Arbeitsleistungen, die oft dem nichts nachgeben, was in mangelhafter Lehre im gleichen Zeitraum erlernt wird.

Jedenfalls verbietet es die Ungunst unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, daß die Arbeitereltern ihre Söhne wie früher dem Kleinhandwerk zu kostenloser Ausnützung auf Jahre hinaus überlassen können. Bedauerlich bleibt, daß auch auf manche gute Lehre verzichtet werden muß. Der Staat, der ja auch ein gewisses Interesse daran hat, daß keine gute Lehrstelle unbesetzt bleiben dürfte, der notwendige Nachwuchs an gelernten, gut geschulten Arbeitskräften nicht unterbunden werden darf, müßte wenigstens nach der Richtung hin eingreifen, das in der Hauptsache noch private Lehrlingsrecht zum öffentlichen Recht auszugestalten. Die einzelnen Lehrlingseltern sehen sich heute den Lehrlingsvertragsdiktaten der Unternehmervereinigungen wehrlos gegenübergestellt; entweder sie schlucken Vertragsbedingungen, die sie auf die Dauer nicht halten können, oder aber sie verzichten auf eine Lehre. Zwischen diesem Entweder-Oder ließen sich jedoch manche Möglichkeiten schaffen.

Novemberlöhne für Kellerarbeiter.

In einer vollbesetzten Versammlung der in den Weingroßhandlungen sowie Likörbetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Kutscher und Kraftwagenführer berichtete Liebenow vom Deutschen Transportarbeiterverband über das Ergebnis der Lohnverhandlungen für den Monat November mit dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrien und verwandter Gewerbe von Groß-Berlin. Gefordert waren für die erste Hälfte des Monats 80 Proz. und für die zweite Hälfte 100 Proz. Zuschlag zu den Oktoberlöhnen. Die ersten Angebote der Arbeitgeber mußten, weil zu gering, abgelehnt werden, bis nach längeren Auseinandersetzungen eine Einigung erzielt wurde.

Arbeiter erhalten nach einjähriger Berufstätigkeit 7000 M., Kutscher 7010 M., Kraftwagenführer 7020 M., Arbeiterinnen 5315 M. pro Woche, während die jugendlichen Arbeiter je nach ihrem Alter 60, 70 und 80 Proz. des Lohnes der erwachsenen Männlichen erhalten.

In der Diskussion waren die meisten Redner der Ansicht, daß die vereinbarten Lohnsätze keineswegs ausreichend sind, um so weniger, als die Preise für die notwendigsten Lebensmittel stetig weitersteigen.

Die Lohnkommission erklärte, daß im Moment von den Arbeitgebern nicht mehr zu erreichen gewesen sei und empfahl die Annahme. In einer Entschließung wurden dann die vereinbarten Lohnsätze anerkannt, jedoch mit der Maßgabe, daß, falls außerordentliche weitere Preissteigerungen einsetzen sollten, die Organisation beauftragt wird, für die zweite Hälfte des Monats eine Nachforderung zu stellen. (Gedruckte Exemplare des Lohnabkommens sind gegen Mitgliedsausweis im Verbandsbureau, Zimmer 31 und 38, zu haben.)

Einigung in der Späthschen Baumschule.

Unter der Ueberschrift: „Drohender Lohnkampf in der Späthschen Baumschule" hatten wir vor einiger Zeit über die Gehaltsregelung der kaufmännischen und technischen Angestellten bei der Firma L. Späth berichtet und darauf hingewiesen, daß infolge der absolut unzureichenden Erhöhung der Septembergehälter ernstlich mit einem Konflikt zu rechnen sei. Derselbe ist nunmehr dadurch beigelegt worden, daß der Bund der technischen Angestellten und der Zentralverband der Angestellten mit der Firma L. Späth eine Vereinbarung getroffen haben, wonach die Augustgehälter um 65 Proz. und die so erhöhten Augustgehälter um weitere 65 Proz. für Oktober erhöht werden. Damit ist der Streitfall erledigt.

Die Novemberbezüge der Beamten. Die für Mitte dieses Monats angekündigten neuen Verhandlungen über die Erhöhung der Novembergehälter der Beamten dürften voraussichtlich in den nächsten Tagen beginnen. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben am Donnerstag beschlossen, am Freitagvormittag eine Delegation zum Reichsfinanzminister zu entsenden und die Anberaumung neuer Verhandlungen zu beantragen. Unmittelbar nach der Festsetzung dieses Termins werden sich die Gewerkschaften über die Höhe der zu fordernden Zulagen unterhalten.

In den Restaurantbetrieben „Krokodil" (Inhaber Schill) in Schöneberg, Hauptstraße, Brunnenstraße usw., sind die Differenzen, welche zwischen dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten bestanden haben, durch Verhandlungen beigelegt. Da nun weitere Differenzen nicht mehr bestehen, so wird hiermit die Sperre für die gastwirtschaftlichen Angestellten aufgehoben.

Kommunistischer „Sieg" in Oldenburg. Vor nicht langer Zeit jubelte die ganze kommunistische Presse, „das Oldenburger Gewerkschaftskartell hat mit allen gegen zwei Stimmen die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses beschlossen". Still ist es im kommunistischen Blätterwald über diesen Sieg geworden. Eine Betriebsrätevollversammlung hat mit großer Mehrheit die Beschickung des Kongresses abgelehnt. Von diesem „Sieg" darf die „Rote Fahne" und ihre Ableger nicht berichten.

Deutscher Bauarbeiterverband. Bezirksverein Berlin. Freitag abend von 6 bis 9 Uhr findet in den bekannten Abstimmungslokalen über das jetzt getätigte Lohnabkommen eine Urabstimmung statt.

ZdA-Mitglieder in Kunst- und Bauschlosserei und Geldschrankfabriken. Freitag nachmittag 4½ Uhr in der Schulaula Blütgerstraße Versammlung. Ausweis: ZdA-Mitgliedsbuch.

Achtung, Tapezierer! Heute nachm. 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Vertrauensmännerversammlung.

Deutscher Werkmeisterverband. Berlin 17. Heute nachm. 5 Uhr Mitgliederversammlung im Alexandriner. Wichtige Tagesordnung.

Achtung, Metallarbeiter! Am Montag abend 6½ Uhr findet in den Sophiensälen (großer Saal), Sophienstr. 17—18, eine Versammlung sämtlicher Metallarbeiter der Richtung Amsterdam statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Erscheinen aller dringend notwendig. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

Betriebssekretariat DSPD. J. A.: Holz, Reinknecht.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3
Hierzu 1 Beilage

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstraße 20—21.

Massary Delft
edel wie der Name

Unser Goldlohn.

Wir arbeiten für ein Trinkgeld in Gold. — Die gesunkene Kaufkraft.

Wenn der Dollar auf etwa 6000 steht (augenblicklich etwa 8000), hat unsere Mark ungefähr nur den 1400. Teil ihres früheren Wertes. Wer ein Zwanzigmarkstück besitzt, erhält dafür von der Post oder der Reichsbank 20 000 M., d. h. wer sein Geld vor dem Kriege nicht auf die Sparkasse getragen hatte, sondern in blanken goldenen Stücken daheim irgendwo gut versenkt aufbewahrte und nur 1000 Mark gespart hatte, der ist jetzt im Besitze von 1 Million Papiermark, mit der sich heute in Deutschland noch allerlei anfangen läßt. Umgekehrt verdient derjenige, der 30 000 M. im Monat einnimmt, in Wirklichkeit nur 30 M., wenn man den Goldankaufspreis des Reiches als Maßstab benutzt oder gar nur etwa 21,40 M., wenn man das Einkommen am Dollar mißt. Vom Standpunkt des valutastarken Ausländers arbeiten wir also außerordentlich billig, wir arbeiten geradezu für ein Trinkgeld.

Untersuchen wir nun eine Haushaltrechnung vom Oktober dieses Jahres, die genaue Angaben über Ausgaben und Einnahmen einer Berliner Familie enthält, und vergleichen wir die Preise, wie sie sich in Papiermark und in Goldmark (1 Mark = 1000 Mark) darstellen, mit den Preisen, die für gleiche Mengen im letzten Jahre vor dem Kriege im Durchschnitt zu zahlen waren. Das Einkommen der Familie belief sich im Oktober auf 22 000 Papiermark, die auf folgende Weise verwendet wurden:

Ausgaben für Lebensmittel.

Backwaren.

	1922 Papiermark	1922 Goldmark	1913 Mark
8 Brote	840,—	0,84.0	4,—
18 Schrippen	72,—	0,07.2	0,45
28 Brötchen	126,—	0,12.6	0,70
1 Weizenbrot	60,—	0,06.0	0,60
½ Pfd. Zwieback	25,—	0,02.5	0,40
6 Päckchen Backpulver	48,—	0,04.8	0,60
zusammen	671,—	0,67.1	6,75

Fleischwaren.

1 Pfd. Rollade	166,—	0,16.6	1,20
1 „ Kalbfleisch	170,—	0,17.0	1,—
1½ „ Rindfleisch	213,—	0,21.3	1,20
½ „ Gehacktes	100,—	0,10.0	0,40
5 „ Speck	1 885,—	1,88.5	5,—
4½ „ Wurst	1 475,—	1,47.5	4,50
zusammen	4 009,—	4,00.9	13,30

Fettwaren.

8¾ Pfd. Butter	1 734,50	1,73.45	5,25
4 „ Margarine	1 414,—	1,41.4	4,—
zusammen	3 148,50	3,14.85	9,25

Nährmittel.

7½ Pfd. Zucker	585,—	0,58.5	1,65
2 „ Haferflocken	111,—	0,11.1	0,80
2 „ Reis	124,—	0,12.4	1,—
4½ „ Weizenmehl	358,—	0,35.8	1,15
2 „ Roggenmehl	130,—	0,13.0	0,36
½ „ Kartoffelmehl	85,—	0,08.5	0,08
1 Paket Nährflocks	20,—	0,02.0	0,08
8 Stück Eier	196,—	0,19.6	0,80
zusammen	1 559,—	1,55.9	5,92

Gemüse und Obst.

4 Pfd. Rotkohl	47,50	0,04.75	1,—
1½ „ Pilze	53,—	0,05.30	0,45
1½ „ Bohnen	30,—	0,03.00	0,40
1¼ „ Wirsingkohl	15,—	0,01.50	0,12
8 „ Pflaumen	32,—	0,03.20	0,60
50 „ Aepfel	680,—	0,68.00	10,—
zusammen	857,50	8,57.5	12,57

Fische.

14 Stück Heringe	272,—	0,27.20	1,40
5½ Pfd. Seefische (Flundern)	498,—	0,49.80	1,40
zusammen	770,—	0,77.0	2,80

Getränke.

	1922 Papiermark	1922 Goldmark	1913 Mark
20 Liter Milch	1147,—	1,14.7	4,—
¾ Pfd. Kaffee	410,—	0,41.0	1,15
8 „ Malzkaffee	180,—	0,18.0	0,90
½ „ Kakao	225,—	0,22.5	1,20
zusammen	1 962,—	1,96.2	7,25
Ferner:			
4½ Pfd. Käse	1 424,—	1,42.4	4,50
2 „ Salz	5,80	0,00.58	0,20
5 Ztr. Kartoffeln	2 580,—	2,58.0	15,—
1 Zitrone	11,—	0,01.1	0,03
¾ Liter Essig	55,—	0,05.5	0,15
zusammen	4 075,80	4,07.58	19,88
Die Ausgaben für Lebensmittel betragen also:			
für Backwaren	671,—	0,61.7	6,75
„ Fleischwaren	4 009,—	4,00.9	13,30
„ Fettwaren	3 148,50	3,14.9	9,25
„ Nährmittel	1 559,—	1,55.9	5,92
„ Gemüse und Obst	857,50	0,85.7	12,57
„ Fische	770,—	0,77.0	2,80
„ Getränke	1 962,—	1,96.2	7,25
„ sonstige Lebensmittel	4 075,80	4,07.58	19,88
zusammen	17 052,80	17,05.28	77,72

Weitere Ausgaben.

Fahrgeld:			
32 Straßenbahnfahrten à 10 M.	320,—	0,32.0	3,20
29 „ à 20 „	580,—	0,58.0	2,90
4 Stadtbahnfahrten à 6 „	24,—	0,02.4	0,40
33 Kubikmeter Gas	330,—	0,33.0	6,60
8 Kilowattstunden Elektrizität	104,—	0,10.4	3,20
Miete	135,—	0,13.5	35,—
Zeitung, Bücher	350,—	0,35.0	2,50
Beiträge	470,—	0,47.0	1,10
Sonstiges (Kohlen, Seife, Schuhreparatur, Stullenpapier, Scheuertücher usw.)	1 807,—	1,80.7	12,25
zusammen	4 120,—	4,12.0	67,15

Die Gesamtausgabe

für Lebensmittel	17 052,80	17,05.28	77,72
„ sächliche Ausgaben	4 120,—	4,12.0	67,15
zusammen	21 172,80	21,17.28	144,87

Während also der Preis für die Goldmark um das 1000fache und der des Dollars um mehr als das 1400fache gestiegen ist, ist die innere Kaufkraft der Papiermark doch noch eine wesentlich höhere. Nach der vom Statistischen Reichsamt für den 25. Oktober als Stichtag berechneten Indexziffer ergibt sich eine Steigerung um das 247fache der Vorkriegszeit. In unserem Beispiel ist die durchschnittliche Verteuerung etwas geringer, da im Anfang des Monats Oktober sämtliche Preise niedriger waren als am Ende. Die für Lebensmittel verausgabte Summe von 17 052,80 Papiermark entspricht 77,72 Vorkriegsmark. Es ist also hier eine Steigerung um das 220fache festzustellen, während der Besitzer von Goldmark statt 77,72 Vorkriegsmark nur 17 Mark und 5 Pfennige auszugeben braucht, um dieselben Waren zu erstehen. Das alte Goldgeld hat also in bezug auf Lebensmittel eine 4½mal so große Kaufkraft als früher. Bei den sächlichen Ausgaben, die 1913 fast so hoch waren wie die Ausgaben für Lebensmittel, ist in unserem Falle nur eine Steigerung um das 61fache festzustellen. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß keinerlei Ausgaben für Bekleidung oder Wäsche usw. gemacht wurden, die das Bild wesentlich verändern würden, und es ist bemerkenswert, daß das Einkommen von 22 000 M. für solche Anschaffungen in keiner Hinsicht genügte, denn ein Anzug verschlingt dieses Monatsgehalt ganz allein. Bei den hier aufgeführten sächlichen Ausgaben kauft der Goldmarkbesitzer etwa 17mal billiger als im Jahre 1913. Es erübrigt sich, darauf besonders einzugehen, daß der valutastarke Amerikaner noch wesentlich billiger kauft als der Goldmarkbesitzer, und wir erkennen, welche ungeheuren Summen Papiermark jetzt aufgewendet werden müssen, um den Bedarf an Devisen zur Rohstoffeinfuhr usw. zu decken.

Inzwischen sind die Preise geradezu unheimlich geklettert, die Papiergeldflut steigt und steigt, ohne daß es der schaffenden Bevölkerung gelang, ihre Lebenshaltung befriedigend zu gestalten. Es möge schließlich noch darauf hingewiesen werden, daß kinderreiche Familien in den allermeisten Fällen mit denselben Summen auskommen müssen, wie in dem Rechnungsbeispiel für Oktober angeführt ist. Bei weiter sinkenden Reallöhnen muß sich die Lage hier geradezu katastrophal gestalten.

„Rosenkavalier klaut nich".

Die trübe Suppe der Not, an der heute Millionen mißmutig mit langen Zähnen löffeln, zeigt wenig erquickliche Dinge. Ein Fettauge ist, um bei dem Bilde zu bleiben, eine seltene Angelegenheit und in den harten Elendskuchen gar, an dem wir uns die Zähne ausbeißen, sind die Rosinen sehr dünne gesät. Wie leicht nun ein Fünkchen harmlosen Humors über die Alltagssorgen hinweglenken kann, zeigte kürzlich eine Verhandlung vor dem Schöffengericht.

Angeklagt wegen Diebstahls war der 60jährige Straßenhändler Karl Busse. Der Angeklagte ist wie man so sagt, eine Type für sich. Jahrzehnte lang hatte er Unter den Linden, obwohl dies polizeilich verboten war, zwischen Kranzler-Ecke und der Lindenpassage mit Blumen gehandelt und, da er besonderen Wert auf langstielige Rosen legte, die er mit artiger Verbeugung den Damen anzubieten pflegte, den Spitznamen „Rosenkavalier" erhalten. Er war jetzt beschuldigt, aus einem Hochbarkeller, der einer Frau Z. gehörte, etwa 50 Preßkohlen gestohlen zu haben. Kaum hatte B. das Sitzungszimmer betreten, als sich ein intensiver Geruch bemerkbar machte, der an ein leckgewordenes Spiritusfaß erinnerte. Vors.: „Na, Busse, Sie haben wohl heute schon etwas stark gefrühstückt?" Angeklagter: „Nein, hoher Herr Gerichtshof, ick habe bloß einen kleinen Mampe auf die Lampe sejossen!" Vors.: „Bloß einen?" Angeklagter: „Na, ick will ehrlich sein, et können auch zwee gewesen sein." Vors.: „Nicht mehr?" Angeklagter: „Na, Herr Geheimrat, ick bin seit 40 Jahren Händler und mit mir können Se handeln. Also gut, es waren so Stücker sechse." Der Vorsitzende hält dem Angeklagten nun vor, daß die Zeugin mit aller Bestimmtheit behauptete, er habe die Preßkohlen gestohlen. Angeklagter: „Nee, nee Herr Gerichtsvollzieher, ick wollte sagen Herr Jerichtshof, entschuldigen Se man, det ick Ihnen verwechselt habe, sowat dürfen Se vom Rosenkavalier nicht glauben. Det kann eener alleene nich glauben. Dazu gehören schon mehrere zusammen, die det glauben können. Ick werde mir nun erlauben, Ihnen det einmal auseinander zu posamentieren. Also sehn Se mal, et war nun so: Ick hatte mir Kohlen bestellt und der Herr Kohlenbaron, der se mir brachte, hat se so jesen die Latten geschmissen, daß ein Loch wurde. Da sind nun ein paar davon zu meiner Nachbarin rüber getrudelt und die habe ick mir wieder jeangelt. Et is alleens." Vors.: „Die Frau behauptet aber mit aller Bestimmtheit, daß ihr Kohlen fehlen." Angeklagter: „Wat die Olle behauptet, is mir piepe. Die kann meinetwegen sagen, der Mond ist ein Kuhkäse. Würden Se det vielleicht auch glauben, Herr Jerichtsrat?" Vors.: „Wenn die Zeugin das behauptet, so müssen wir ihr das auch glauben." Angeklagter: „Det lasse ick mir aber nicht gefallen. Wenn Se mir verurteilen, dann gehe ick bis zum Staatsgerichtshof nach Leipzig, da werde ick schon mein Recht kriegen."

In der Beweisaufnahme stellte es sich heraus, daß die Möglichkeit eines Irrtums auf seiten der Zeugin gegeben war. Als der Staatsanwalt die Freisprechung beantragte, erklärte der Rosenkavalier: „Bravo, Herr Staatsanwalt, Sie sind ein feiner Mann! Sie werden bestimmt noch Präsident werden." Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse. Der Angeklagte verließ die Anklagebank vergnügt lächelnd zu der Zeugin gewendet mit den Worten: „Na, Frau Z., wat habe ick Ihnen gleich gesagt, der „Rosenkavalier" klaut keene Kohlen nich."

Die übliche Provokation. Am Denkmal Friedrichs des Großen war gestern morgen ein Kranz mit schwarzweißroter Schleife niedergelegt, auf dem, dem Sinne nach etwa stand: „O alter Fritz, o kehr bald wieder usw." Ein Parteigenosse forderte die Schupo auf, diesen Kranz, der am Tage der Revolutionsfeier besonders provozierend wirken mußte, zu entfernen. Dieser Aufforderung wurde alsdann auch entsprochen. Was für ein Aufheben wäre wohl zu Wilhelms Zeiten unter den gleichen Umständen gemacht worden, wenn Sozialisten irgendwo einen Kranz mit roter Schleife niedergelegt hätten?

11]

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.

Aber das, was langgestreckt und mit dem blauen Samtvorhang bedeckt auf der Erde lag, das war Johannes. Er hatte die mageren Arme auseinander gebreitet, als wäre er an diesen befudelten Boden gekreuzigt. Sein Gesicht zeigte einen Ausdruck furchtbarer Lust, seine Lider waren nicht ganz geschlossen, im Spalt lag der Augapfel stumpf schimmernd. Anselmus wandte sich gewürgt ab von dem Ausdruck in diesem Gesicht, das gestern noch heilig gewesen war. „Wecke ihn auf, Linde," sagte er gepreßt. Linde beugte sich und streichelte das Pagenhaar. „Der Arme," sagte sie wieder, und es war kaum zu hören. Sie streifte den Samt ein wenig zurück und legte ihre Hand auf die kleine blaue Wunde der linken Brust, die von ein paar Tropfen geronnenen Blutes eingekreist war. Sie wartete ein wenig, und da Anselmus seinen toten Liebling nicht ansehen wollte, bedeckte sie ihn wieder und erhob sich. Einen Augenblick stand sie so und besann sich und plötzlich errötete ihr blasses, ausgeblutetes und abgemagertes Gesicht ganz tief. Sie bückte sich noch einmal, nahm die Decke und breitete sie sanft über die schlafende Isabell. Anselmus stand noch abgewendet und hielt seine Hände noch immer so abwehrend dicht an seinen Körper gezogen.

„Johannes kann nichts mehr schaffen, Herr," sagte die Linde. „Laß mich es tun."

„Komm," sagte Anselmus. Es war nicht seine Stimme. Es war nicht sein Blick.

Sie gingen schweigend die Treppen hinab, Anselmus voraus, und seine gerüttelten Schultern und sein vorgestrecktes, stoßbereites Haupt war dicht vor Lindes Blick. Die Treppe wand sich in die Tiefe, schraubte sich ins Dunkel, landete im Keller. „Hast du die letzten Blätter?" fragte Anselmus. „Ja", sagte sie und griff an ihren Kittel. Die Blätter lagen unter der Kleidung auf ihrer Haut. „Weißt du den Weg?" fragte er.

„Nein."

„Ich führe dich. Weißt du, was zu tun ist?"

„Nicht ganz."

„Es ist eine Wache dort — ich weiß nicht, wer es heute ist — die hast du abzulösen. Das Manuskript liegt in einer wasser- und feuerdichten Kassette. Geht alles gut — bleibe ich am Leben — siegt unsere Sache — dann hole ich dich in vierundzwanzig Stunden oder lasse dich ablösen. Kannst du vierundzwanzig Stunden wach bleiben?"

„Ja", sagte Linde und lächelte nur.

„Geht alles gut, dann soll alles, was du aufgeschrieben hast, wahr werden, Linde. Dann sollen wieder Wipfel über den Kindern rauschen — nicht wahr?"

„Ja."

„Wirst du nicht abgelöst, dann hast du unten zu bleiben, solange der Proviant reicht. Du mußt sparen, Linde. Vielleicht ist es notwendig, daß du einen Monat unten bleiben mußt — oder noch länger. Die Freunde werden dir ein Zeichen geben, wann du das Manuskript wieder hinaufbringen kannst. Es ist eine schwere Aufgabe —"

„O nein."

„Kommt kein Zeichen von den Freunden — kommt kein Zeichen von den Freunden, Linde — und der Proviant ist zu Ende — dann mußt du das Werk allein auf dich nehmen. Du mußt hinaufgehen und nach eigenem Ermessen handeln. Kommt kein Zeichen von den Freunden und sind sie alle tot, dann mußt du hinaufgehen, und wenn du glaubst, Linde — dann wirst du von neuem anfangen, meine Gedanken zwischen die Menschen zu tragen — glaubst du, Linde —?"

Weil er atemlos fragte und weil sein Blick gehetzt und flehend bettelte, sagte sie: „Ja, Herr Anselmus."

„Wenn du nicht glaubst, dann kannst du das Werk vernichten oder es verfaulen lassen, kannst du tun, was du willst. Die Welt geht ohne uns ihren Lauf. Und ist das wahr, was ich gedacht habe, dann wird immer wieder einer kommen und dasselbe von neuem denken — laß mein Werk, diese paar Blätter, diese tausend armseligen Worte verloren gehen. Nun noch eins: Bist du mutig?"

„Das weiß ich nicht."

„Mutig im Helfen bist du — ich habe dich oft gesehen. Kannst du zerstören auch?"

„Das — weiß ich nicht —" flüsterte die Linde, und die Tränen machten ihre Kehle bitter.

„Laß —" sagte er verfinstert. „Es ist ein Hebel da unten — eine von Börries höllischen Erfindungen. Es gibt einen Befehl vom Komitee, in welchem Fall der Hebel zu drücken ist. Ich habe es selbst unterschrieben — merkwürdig," sagte er, „ich habe selbst unterschrieben. Heute kommt mir die Geschichte mit dem Hebel kindisch vor. Es ist ein Spielzeug für Teufel — mehr nicht. Hier ist ein Zünder. Nun komm."

Die kleine blaue Flamme sprang knallend auf. Anselmus grub im Schwarzen eines Winkels, deutete auf einen rostbraunen Metallgriff, der sich herausschälte, schob ihn nach links: und eine Tiefe unter dem Keller tat sich auf.

„Du mußt dir jeden Griff und jeden Schritt merken — falls du — allein zurückgehen wirst —" sagte Anselmus. Die Linde nickte nur. In der Tiefe quoll kalte, nasse, kranke Luft. Die blaue Flamme wanderte voran. Von einwärts gewölbten Röhrenwänden troff manchmal spiegelnder, tropfender Glanz, um die Füße glitschte es. Sausen lief dumpf neben dem Weg her, der stieg und fiel, sich hinbog, in Winkel brach, in Löchern endete, unmeßbar lang, unmeßbar dunkel, unmeßbar tief unter die Erde führend. Nasser Stein duckte ihnen die Köpfe nieder, oft tasteten sie auf den Knien durch Nasses, Kaltes, Ekliges. Die Flamme wanderte. Hauch kam manchmal lebendig und fröstelnd aus Quergängen, Gestank quoll aus Röhren; ein Zug grausenhafter dicker weißer Maden kroch an der hohlgewölbten Wand. Einmal verlosch das Licht und der Atem ging mühsam.

„Kein Sauerstoff da," murmelte Anselmus und griff hinter sich, zerrte Linde heftig vorwärts, stand dann und atmete. Das Licht entzündete sich wieder, blau und mit leisem Knall.

„Daß Atmen noch immer so schön ist —" sagte Anselmus und Linde hörte am Klang, daß er lächelte. Auch sie atmete tief. Sie gingen wieder.

„Gehst du mit nackten Füßen, Linde?" fragte er einmal.

„Ja", sagte sie. Du willst es — dachte sie. Er lächelte wieder. Sie gingen, krochen, gingen wieder, der Gang weitete sich ein wenig. Anselmus nahm Lindes Hand, zog sie neben sich und sie gingen.

„Wunderbar ist es, eine Menschenhand zu halten", sagte er später. Und dann noch: „Du kannst so schön schweigen, stille Linde."

Dann schwieg auch er. Er ging, kroch, tastete voran und hielt das Licht manchmal bedeutungsvoll an irgendeine Ecke, eine Spalte, ein kaum Merkbares, daran der Weg zu finden war. Linde folgte wie träumend dem wandernden blauen Licht und dem schwarzen Umriß seines geduckten Nackens. Sie wanderten, wanderten; es gab keine Zeit inmitten der Dunkelheit, es schwamm alles hin ins Ungewisse. . . .

(Fortsetzung folgt.)

Die neuen Straßenbahnfahrpreise.

Erhöhung ab heute.

Wie bereits mitgeteilt, hat die Verkehrsdeputation eine Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise infolge der Geldentwertung von heute ab zugestimmt. Die Fahrpreise betragen demnach im einzelnen:

Einzelfahrscheine auf den Stammbahnen 30 M., auf den Vorortbahnen (vorm. Spandauer, Köpenicker Straßenbahn, Teltower Kreisbahnen und Grunewaldbahn) 25 M., für Kinder von 6 bis 14 Jahren, ferner — auf Berechtigungsschein — für Lehrlinge und Schüler von 14 bis 17 Jahren und unbemittelte Studenten, sowie auf Ausweis der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte allgemein 15 M. Die Einkommensgrenze für den Bezug von Berechtigungsscheinen für Lehrlinge und Schüler ist auf 36 000 M. jährlich, einschließlich Naturalbezüge, erhöht worden. Die Ausfertigungsgebühr für einen Berechtigungsschein beträgt 5 M. Umsteigefahrscheine, auch im Verkehr mit der Hochbahn, 45 M., im Binnenverkehr der genannten Vorortbahnen 30 M. Die zweite Fahrt muß innerhalb 2 Stunden nach der durch Lochung auf dem Fahrschein gekennzeichneten Stunde angetreten werden. Gelocht wird künftig von halber zu halber Stunde. Die Umsteigeberechtigung beträgt dadurch 2 bis 2½ Stunden. Monatskarten von Dezember d. J. ab: Stammbahnen 1 Linie 1800 M., 3 Linien 2400 M., alle Linien 5000 M., im Binnenverkehr der genannten Vorortbahnen 1 Linie 1200 M., alle Linien einer Vorortbahn 1500 M. Schülerkarten von Dezember ab 570 M., Arbeiterwochenkarten vom 13. d. M. ab: Stammbahnen 6 Wochenfahrten 160 M., 12 Wochenfahrten 320 M., 48 Wochenfahrten (Vierwochenkarten) 1280 M., Vorortbahnen: 12 Wochenfahrten 230 M. Die Einkommensgrenze für den Bezug von Arbeiterwochenkarten ist auf 225 000 M. jährlich oder 4500 M. wöchentlich erhöht worden. Das Strafgeld, das ein Fahrgast verwirkt hat, der trotz Umfrage des Schaffners nach unabgefertigten Fahrgästen bei stattfindender Kontrolle ohne gültigen Fahrschein betroffen wird, beträgt künftig 75 M.

Dem Beispiele der Straßenbahn folgend wird auch die Omnibus-Gesellschaft ab heute die Fahrpreise der Kraftomnibusse wie folgt erhöhen: von 20 auf 30 M. für die Teilstrecke, von 25 auf 40 M. für die ganze Fahrt, von 30 auf 50 M. für die Linie E. Die Fahrpreise auf den Nachtomnibussen betragen für die Teilstrecke 40 M. und für die ganze Strecke 50 M.

Der 25. Wettkonzernprozeß.

Der kluge Vogel.

Eine Art Jubiläumsverhandlung, nämlich die Verhandlung des 25. Wettkonzerprozesses beschäftigte die 4. Strafkammer des Landgerichts III. Angeklagt wegen Betruges und gewerbsmäßigen Glücksspiels war der Inhaber des Wettkonzerns „Phönix", der Kaufmann Hugo Vogel.

Der Angeklagte war Herausgeber einer sogenannten Tipster-Zeitschrift „Der Trainingsbote", welche sehr guten Absatz hatte. Nach berühmten Vorbildern brachte er eines Tages einen Prospekt heraus, welcher von den üblichen Ankündigungen der sonstigen Wettkonzerne nur dadurch abwich, daß er klugerweise den Interessenten mitteilte, daß sie auch eventuell an den Verlusten des Unternehmens beteiligt seien. Der Angeklagte versprach den Wettern eine in zwei Monaten eintretende Verzinsung von 100 Prozent. Dies machte im Jahre nicht nur 600 Proz., sondern, da die 100 Proz. als Gewinnbeteiligung stehenbleiben, über 6000 Proz. jährlich aus. Anfänglich zahlte er auch die versprochenen Gewinne aus und bekam dadurch immer mehr Kundschaft. Als er in Zahlungsschwierigkeiten geriet, übergab er den Wettern an Stelle des baren Geldes Aktien einer „Internationalen Montan-Gesellschaft" in Dresden, welche übrigens bald darauf in Konkurs geriet. Der Staatsanwalt beantragte wegen Betruges und gewerbsmäßigen Glücksspiels eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Demgegenüber machte R.-A. Dr. Frey geltend, daß ein gewerbsmäßiges Glücksspiel deshalb nicht vorliege, weil der Angeklagte nachweislich sämtliche Einlagen im Einverständnis mit den Einlegern am Totalisator angelegt habe. Auch ein Betrug liege nicht vor, da die Einleger nicht getäuscht werden konnten, da sie, wie sie selbst angegeben hatten, an die Möglichkeit der Erzielung hoher Gewinne durch Rennwetten geglaubt haben. Dies gehe schon in ganz charakteristischer Form aus der Bekundung eines als Zeugen vernommenen hohen Ministerialbeamten hervor, der unter Eid erklärt habe, daß er in der heutigen Zeit des kletternden Dollars die Möglichkeit für durchaus gegeben halte, in einer Woche aus 3000 M. 30 000 M. zu machen. Das Gericht schloß sich den Ausführungen der Verteidigung an und kam zu einer Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse.

Gegen wilde Aufkäufer von Kartoffeln.

Wilde Aufkäufer sind auch in diesem Jahre massenhaft an der Arbeit, um die Kartoffelpreise in die Höhe zu treiben. Um diesen Elementen mit Erfolg entgegentreten zu können, ist u. a. in Vorschlag gebracht worden, daß die Eisenbahn nur solchen Bestellern Wagen zur Verfügung stellen soll, die selbst Produzenten sind oder sich im Besitz einer Genehmigung für die Zulassung zum Kartoffelhandel befinden. Leider ist die Eisenbahnverwaltung, wie uns mitgeteilt wird, nicht in der Lage, diesen Weg zu gehen. Sie muß nach der Eisenbahnverkehrsordnung, die Gesetzeskraft besitzt, alle ihr zur Beförderung übergebenen Güter annehmen. Es bleibt also den Organen der allgemeinen Polizei vorbehalten, die Einhaltung der Kartoffelverordnung zu überwachen und den Preiswucher wie Kettenhandel zu bekämpfen. Die Eisenbahn unterstützt die Polizeiorgane sonst in jeder erdenklichen Weise. Die Polizei hat Gelegenheit, das Verladegeschäft auf den Bahnhöfen zu überwachen, und das Bahnpersonal ist angewiesen, auf etwaige Auswüchse des Kartoffelgeschäftes und insbesondere auf die vom Schleich- und Kettenhandel beliebte Form der Weiterverladung zu achten. Durch diese Weiterverladung geht die Ware, bevor sie zum Kleinhändler kommt, durch die Hände einer ganzen Reihe von Händlern, die ohne nennenswerte Arbeitsleistung reichlichen Gewinn erzielen und damit ohne Not und Berechtigung die Kartoffeln wesentlich verteuern. Diese gemeinsamen Bemühungen von Eisenbahn und Polizei können aber nur dann von Erfolg sein, wenn die Erzeuger sich auf ihre Pflicht besinnen (ja, wenn!) und Kartoffeln nur an solche Personen verkaufen, von denen sie wissen, daß der Ankauf für sie nicht nur der Anlaß zur Verschiebung und Verteuerung der Kartoffeln ist.

Die Pfaueninsel als Naturschutzpark.

Zwischen der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege, dem Volksbund für Naturschutz, dem Zoologischen Institut in Berlin und dem Kultusministerium schweben Verhandlungen, die Erhebung der Pfaueninsel zum Naturschutzgebiet zum Gegenstand haben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Verhandlungen bald einen günstigen Abschluß finden. Die Anregung hierzu gab Herr Wolfgang Stichel, Lichterfelde, der seit etwa zwei Jahren auf der Insel wissenschaftliche Untersuchungen anstellt. Die Erhebung zum Naturschutzgebiet soll bezwecken, dieses einzigartige Naturdenkmal in seiner vollen Ursprünglichkeit den Berlinern zu erhalten. Hoffentlich unterstützen sie die Bestrebungen durch einsichtsvolle Schonung der Anlagen.

Vorständekonferenz der VSPD.

am Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind verpflichtet der Bezirksvorstand, zwei weitere Vertreter der Kreisvorstände, die Abteilungsleiter, ihre Stellvertreter und die Abteilungskassierer. — Da über wichtige organisatorische Fragen entschieden werden muß, ist die Anwesenheit aller zur Teilnahme berechtigten Genossen dringend erforderlich. Bezirkssekretariat.

Der große Bruder und die Kleinen.

Ein Industrieprozeß.

Eine interessante Vorgeschichte, die einer Nachprüfung durch die zuständigen behördlichen Stellen bedarf, hat ein Strafprozeß, der die Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt wegen Betruges bzw. Unterschlagung war der Lagerverwalter Hugo Lerch, während sich die Fabrikanten Richard Nitschke, Max Nitschke, Karl Schulz, Kurt Röhl, Albert Hintze, Friedrich Dornbruch und Otto Schwietzke wegen gewerbsmäßiger bzw. einfacher Hehlerei zu verantworten hatten.

Die Angeklagten, die zum Teil früher bei der Knorr-Bremse-A.-G. in Lichtenberg angestellt gewesen waren, hatten sich später selbständig gemacht und von ihrer früheren Firma als Unternehmer Aufträge erhalten. Es handelte sich zumeist um staatliche Aufträge, bei denen sich die Firma Knorr verpflichten mußte, den für sie arbeitenden kleinen Fabrikanten bestimmte festgesetzte Preise zu zahlen. Wie behauptet wird, soll die Knorr-A.-G. nun diese kleineren Unternehmer stark im Preise gedrückt haben, so daß diese sich an den Reichskommissar für die Metallwirtschaft wandten. Dieser stellte der Firma Knorr ein nur wenige Stunden laufendes Ultimatum, entweder die mehrere Millionen betragenden Minderpreise sofort an die Kleinfabrikanten zu bezahlen, anderenfalls ihre Geschäftsbücher beschlagnahmt würden. Die Firma Knorr zahlte auch unter diesen Umständen die verlangten Beträge an die Lieferanten, darunter die jetzigen Angeklagten nach. Wie diese behaupten, soll nun die gegen sie erstattete Anzeige, die dem jetzigen Strafverfahren zugrunde liegt, als Erwiderung auf das Vorgehen der Angeklagten zurückzuführen sein. Die Anklage behauptet, daß die angeklagten Fabrikanten von dem Lagerverwalter Lerch fortgesetzt ohne Wissen der Firma Materialien erhalten hätten. Hierin liege eine Hehlerei im Sinne des Strafgesetzbuches. Zu der gestrigen Verhandlung war ein wichtiger Zeuge, ein Direktor der Knorr-A.-G. nicht erschienen, so daß die ganze Verhandlung der Vertagung anheim fiel.

Perlenfischerei in Berlin. Wie die bürgerliche Presse meldet, ist einer sächsischen Prinzessin Mittwoch abend beim Benutzen des Aborts im Adlon-Hotel ein Perlenschmuck im Werte von 20 Millionen Mark ins Klosett gefallen. Die sofort alarmierte Feuerwehr und zahlreiche Handwerker sind seitdem unablässig bemüht, die versunkenen Kleinodien wieder ans Tageslicht zu fördern. Dem getreuen Untertan aber drängt sich die Frage auf: Welchen Körperteil pflegen eigentlich sächsische Prinzessinnen mit Perlen zu schmücken?

Ein tödlicher Betriebsunfall. Im Borsigwerk in Tegel verunglückte der Werkstattschlosser Oskar Gutsch aus der Eisenbahnstraße 34 durch Absturz von einem Kran aus einer Höhe von etwa 10 Metern. Er fiel auf das Zementpflaster und war auf der Stelle tot.

Lynchjustiz. Der wohnungslose ungarische Staatsangehörige Mertsamer wurde in einem Lederwarengeschäft in der Kochstraße dabei überrascht, als er Damenhandtaschen zu entwenden versuchte. Die resolute Verkäuferin hielt ihn so lange fest, bis er der Polizei übergeben werden konnte. Auf dem Wege zur Wache in der Wilhelmstraße flüchtete der Dieb und warf sich, als der Beamte ihm unter Haltrufen nacheilte, auf den Boden. Eine schnell sich ansammelnde Menge von etwa 200 Köpfen fiel über den Täter her und bearbeitete ihn mit Stöcken und Fäusten. Nur mit größter Mühe gelang es dem Beamten, M. vor weiteren Mißhandlungen zu schützen und ihn zur Wache abzuführen.

Für die von Einbrechern ausgeplünderte Witwe Dummer gingen weiter bei uns ein: Alfred Fabowski, Wilmersdorf 100 M.; R. F. 100 M.; Karl Kettler 100 M.; L. J. 200 M.; Ungen. 100 M.; Redaktion des „Vorwärts" 1000 M. Bereits quittiert 37 151 M. Zusammen 38 751 M.

Kein Platz für Deutsche in Niederländisch-Indien. Von der Niederländischen Gesandtschaft in Berlin wird mitgeteilt, daß sich fortwährend noch deutsche Reichsangehörige um eine Anstellung in dem indischen Dienst auf dem niederländischen Kolonialministerium im Haag bewerben. Die Entsendung von Personal nach Indien ist aber erheblich verringert worden und die etwa frei werdenden Stellen können sehr leicht mit niederländischen Bewerbern oder solchen, die sich direkt gemeldet haben, besetzt werden. Das genannte Kolonialministerium hat sich deshalb veranlaßt gesehen, die bei ihm eingehenden Gesuche fast ausnahmslos abschlägig zu bescheiden, und beabsichtigt, zwecks Ersparung von Arbeit, diese nunmehr unbeantwortet zu lassen. Interessenten kann daher nur geraten werden, von derartigen Anträgen Abstand zu nehmen, wenn sie sich Kosten, Mühe und Enttäuschung ersparen wollen.

Gegen die Verkehrseinschränkungen der Straßenbahn. Die infolge des starken Verkehrsrückganges bei der Straßenbahn durchgeführten Einschränkungen des Betriebes, insbesondere die Verminderung von Anhängewagen, macht sich bei einer Reihe von Außenverbindungen unliebsam bemerkbar. Ganz besonders gilt das für die Bororte Tempelhof und Mariendorf. Die Tempelhofer Bezirksversammlung hat aus diesem Grunde gestern einstimmig einen Dringlichkeitsantrag der bürgerlichen und der demokratischen Fraktion angenommen, worin gegen die starken Betriebseinschränkungen auf den Linien 70 und 73, die selbst in den Hauptverkehrsstunden teilweise ohne Beiwagen verkehren, schärfster Einspruch erhoben wird. Das Bezirksamt wurde ersucht, wegen Aufhebung dieser unberechtigten Abdrosselung des Verkehrs, die zu unhaltbaren Zuständen infolge der Ueberfüllung geführt hat, beim städtischen Verkehrsamt vorstellig zu werden.

Balletabend der Kunstgemeinde Neukölln. Als erste Sonderveranstaltung der Kunstgemeinde bietet das Volksbildungsamt Neukölln am Freitag, den 10. November 1922, abends 8 Uhr, einen Balletabend im großen Saal der „Neuen Welt", Neukölln, Hasenheide 108/114. Das reichhaltige Programm wird von Solokräften der Berliner Staatsoper unter Leitung des Ballettmeisters Egon Molkow ausgeführt. Dirigent des Orchesters: Kapellmeister Clemens Schmalstich.

Im Wintergarten ist es in dem November-Spielplan vor allem die Griz-Grigory-Truppe, die mit ihren fünf blonden schlanken Knaben und deren geschmeidigen und sicheren Leistungen den Beifall der Zuschauer hervorlockt. Auch „die drei Luftgrazien" am Trapez, rassige Mädchengestalten, überraschen durch spielende Leichtigkeit und Kühnheit ihrer Leistungen. Martha Schaffeur tanzt, springt und lacht auf dem Kabeldraht so sicher wie auf dem Parkett. Die Aurora-Truppe führt schwierige atemversetzende Kopfbalancen auf Rädern aus. Für grotesken Humor sorgt der Jongleur Tato und ein Partner der „drei Willuhns". Aeußerst lustige Dinge vollführt Karl Schichtl mit seinen Marionetten. Dr. Angelo versucht in seinen lebenden Silhouetten geschickt dezent und mit Geschmack die Schönheit des weiblichen Körpers zu demonstrieren. Nur die Tänze bieten diesmal nichts Besonderes. Indessen konnte Inga Agni in einem schelmischen Ballettanz gefallen.

Ein Tankdampfer explodiert.

Wie aus Cuxhaven gemeldet wird, ereignete sich eine Kesselexplosion an Bord des von Rotterdam mit einer Benzinladung ankommenden Hamburger Tankdampfers „Leopold David" auf der Reederei querab Osterhöft. Von der 17 Mann starken Besatzung sind nach bisheriger Feststellung 11 Mann gerettet. Die Explosion war so stark, daß von dem Vorderschiff sämtliche Platten weggerissen wurden, so daß das Vorderschiff nur noch aus einer Reihe von Spanten bestand. Das ganze Hinterschiff stand alsbald nach der Explosion in Flammen. Nach kurzer Zeit versank das Schiff. Die Rettungsarbeiten, an denen mehrere Dampfer sich beteiligten, wurden durch die auf dem Wasser schwimmenden brennenden Benzinmassen sehr erschwert.

Groß-Berliner Parteinachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Arbeitsgemeinschaft (Verfassungskursus). Heute Freitag abend ½8 Uhr im Wartezimmer der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre.

3. Kreis. Friedrichshain. Freitag, den 10. November, 7½ Uhr, Schule Littauer Straße (Klassenzimmer), Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Heute, Freitag, den 10. November:

11. Abt. Pünktlich 7 Uhr bei Kaiser, Gotzkowskystr. 34, Abrechnung der Bezirksführer für Oktober. Empfang der Marken für November.

126. Abt. Reinickendorf-Ost. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich am Freitag nachmittag 3 Uhr an der auf dem Gemeindefriedhof Humboldtstraße stattfindenden Beerdigung des verstorbenen Genossen Hermann Neumann.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Freitag, den 10. November:

Charlottenburg. Jugendheim Rosinenstr. 4, Leseabend: „Gyges und sein Ring". — **Gesundbrunnen.** Jugendheim Gotenburger Str. 2, Vortrag: „Das Volkslied". — **Neukölln II.** Jugendheim Rogatstr. 58, Vortrag: „Die Novemberrevolution und die Arbeiterjugend". — **Rieberschönhausen.** Jugendheim Gemeindeschule Blankenburger Str. 69—70, Revolutionsgedenkfeier. — **Karlshorst.** Jugendheim Chorbusiner Str. 14, Revolutionsfeier. — **Osten.** Petersburger Viertel. Jugendheim Eckertstr. 16, Mitgliederversammlung mit der Arbeiterjugend. — **Osten.** Jugendheim Frankfurter Str. 16, Mitgliederversammlung. — **Petersburger Viertel.** Jugendheim Gemeindeschule Eckertstr. 16, Mitgliederversammlung mit der Sozialistischen Proletarierjugend. — **Steglitz.** Jugendheim Albrechtstr. 48, Vortrag: „Die Revolution von 1918". — **Weißensee.** Jugendheim Lehdigenheim Moelkpromenade, Mitgliederversammlung. — **Süden.** Neues Jugendheim, Bezirksjugendheim Badeanstalt Boerneckstraße, Diskussionsabend: „Unsere Einigung mit der Sozialistischen Proletarier-Jugend". — **Südost, Köpenicker Viertel.** Jugendheim Gemeindeschule Mantenfelstraße, Mitgliederversammlung.

Morgen, Sonnabend, den 11. November:

Konferenz aller Wanderleiter 7 Uhr Jugendheim Lindenstr. 3, **Vortrag:** „Das Wandern im Winter". Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

6. Kreis. Sonntag, den 12. November, ½8 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 3, Gerhart-Hauptmann-Feier. Vortrag, Musik, Rezitationen u. a. m. Referentin Genossin Frau Dr. Wegscheider. Unkostenbeitrag 3 M.

Neukölln. Der Ortsausschuß für Jugendpflege veranstaltet am Sonntag, den 12. November, nachmittags 5 Uhr und abends ½8 Uhr einen Lichtbildervortrag über „Erlebnisse des Afrikaforschers Schambugk". Eintrittspreis für Jugendliche 8 M., für Erwachsene 15 M.

Für die Theateraufführung am 19. November im Neuen Theater am Zoo: „Gyges und sein Ring" sind noch Eintrittskarten zum Preise von 75 M. im Jugendsekretariat zu haben. Die Abonnenten müssen im Theater 50 M. nachzahlen.

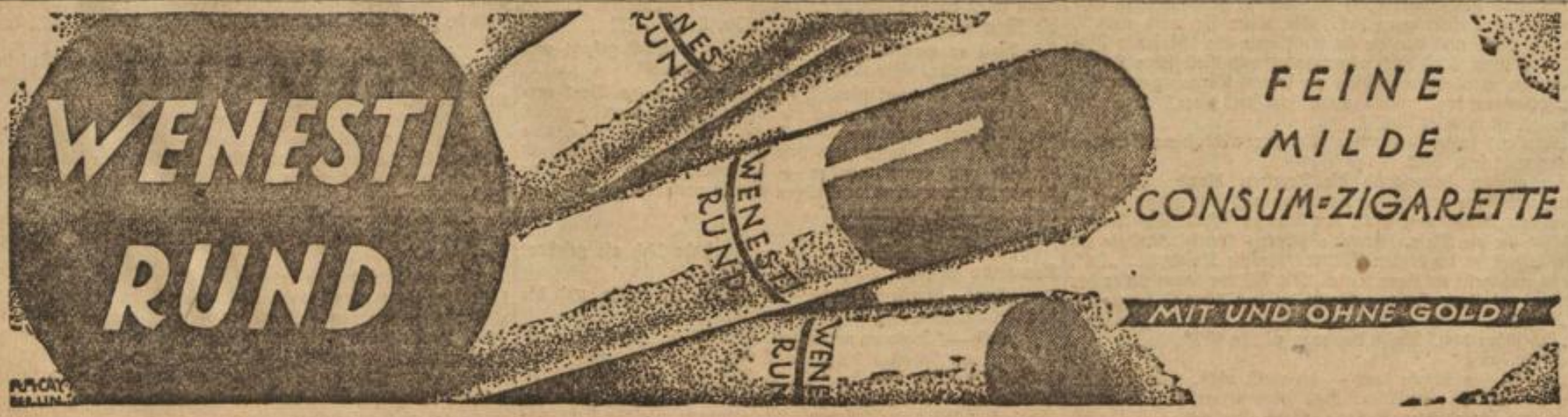
Die Vorsitzenden der früheren Sozialistischen Proletarierjugend haben bis zum 13. November die Mitgliederlisten und die Mitgliedsbücher zwecks Abstempelung im Sekretariat, Lindenstraße 3, abzuliefern. Materialausgabe findet Montags von 7 Uhr ab statt. Die völlige Abrechnung hat nunmehr schnellstens zu erfolgen.

Zentrale Berlin-Brandenburg.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Verein Männerchor „Liederfreunde Norden" (Mitglied d. D. A. S. B.) veranstaltet am Sonntag, den 12. November, abends 6 Uhr, in der Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße, sein 1. Herbstkonzert. Um recht zahlreichen Besuch bittet der Vorstand.

Freie Lehrergewerkschaft. Am 11. November, 7½ Uhr, Vortrag von Dr. Magnus Hirschfeld über „Die Bedeutung der Sexualwissenschaft für die Pädagogik", im Hörsaal des Instituts für Sexualwissenschaft, In den Zelten 10a. Vorher von 5 Uhr an Führung durch das Institut (Beethovenstr. 3). Gäste, besonders Elternbeiräte, willkommen.



Wirtschaft

Deutsch-Oesterreichs Sanierungsversuch.

Das Heft 22 der Zeitschrift für Weltwirtschaft „Der Wiederaufbau" bringt an der Spitze einen Aufsatz des früheren österreichischen Staatskanzlers Gen. Dr. Karl Renner, der sich mit den politischen und wirtschaftlichen Folgen der vom Völkerbund für Oesterreich beschlossenen Kreditaktion befaßt. Dr. Renner hält diesen Sanierungsplan des Völkerbundes deshalb für besonders bedeutungsvoll, weil kein Zweifel darüber bestehen kann, daß hier ein Muster geschaffen ist, das auf andere Staaten übertragen werden könnte. Die Ausführungen des Verfassers gehen von dem Gesichtspunkt aus, daß die österreichische Krise nicht durch Reparationszahlungen hervorgerufen oder gesteigert ist, denn die im Friedensvertrag von Saint Germain vorgesehene Unterkommission der Reparationskommission ist längst aus Wien abberufen worden, da an Reparationen nicht zu denken war. Dr. Renner sieht den Hauptgrund für die österreichische Wirtschaftskrise darin, daß Oesterreich durch den Friedensvertrag zu einem verstümmelten Wirtschaftskörper geworden ist, der überhaupt nicht in der Lage ist, selbständig zu existieren. Er fährt dann fort:

„Oesterreichs Volkswirtschaft ist krank und also ist es auch der Staatshaushalt. Der Völkerbundsplan geht daher von der Voraussetzung aus: Stellt man mit gewaltsamen Eingriffen das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates wieder her und zwingt man der österreichischen Volkswirtschaft eine goldbedeckte Note auf, so wird auch die Volkswirtschaft Oesterreichs gesunden. Um das enorme Defizit im Staatshaushalt von 322 Millionen Goldkronen zu beseitigen, sollen schon im Jahre 1923 die Ausgaben für das aktive Personal an Staatsbediensteten vermindert oder jeder fünfte Angestellte aufs Pflaster geworfen werden. Ende des Jahres 1924 soll jeder dritte Angestellte aus dem Dienste entlassen sein. Was mit den „Abgebauten" zu geschehen habe, und wovon ihre Familien leben sollen, bleibt ihnen selbst überlassen. In zwei Jahren wären die Staatsausgaben von 628 auf 237 Millionen Goldkronen einzuschränken. Eine solche Reduktion der Staatsmaschine, wie sie Oesterreich erfahren soll, ist wohl ohne geschichtliches Beispiel. Es ist keine Frage, daß mit einem Schlage zahllose Existenzen vernichtet werden müssen, wenn dieses Experiment gelingen soll. Es ist aber auch keine Frage, daß die Republik zahlreiche öffentliche Aufgaben, welche einen modernen Fürsorge- und Kulturstaat kennzeichnen, einfach streichen und auf solche Fürsorge und Kultur wird verzichten müssen. Damit der Staat diese Selbstverstümmelung stückweise zu vollziehen die Zeit und die Mittel gewinne, soll ein auswärtiges Anlehen aufgebracht werden und in den Dienst dieser Aufbringung stellt sich der Völkerbund. Seine Verzinsung wird nicht nur durch die garantierenden Mächte, sondern auch durch die verpfändeten österreichischen Zolleinnahmen und Erträgnisse des Tabakmonopols sichergestellt. Diese Konstruktion erinnert insoweit an die Dette publique (öffentliche Schuld) des ottomanischen Reiches.

Insoweit überschreitet die hier eingerichtete Kontrolle ihre historischen Vorbilder nicht. Dieses Programm ergreift die gesamte öffentliche Wirtschaft, berührt zum großen Teile auch die Privatwirtschaft und ist dadurch garantiert, daß der Generalkommissär die erwähnten internationalen Kredite nur ratenweise ausfolgt und, wenn er vermeint, daß die Regierung mit der Durchführung im Verzuge ist, die Auszahlung auch einstellen kann. Da der Regierung zugleich verboten ist, sich auf anderem Wege Kredite zu verschaffen, so ist sie dem Generalkommissär auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, es bleibt ihr nur der Appell an den Völkerbundrat.

Für eine so weitgehende Unterstellung eines souveränen Staates unter eine auswärtige Macht besteht wohl kein geschichtliches Beispiel. Ist diese Kontrolle wohlmeinend und selbstlos geführt, so kann sie mit der Vormundschaft über einen Unmündigen verglichen werden; machen sich politische und wirtschaftliche Interessen des Vormundes geltend, so ist sie mehr der Sklaverei verwandt. Es ist kein Wunder, daß sich weite Teile der österreichischen Bevölkerung, die politisch selbstbewußten vor allem, gegen eine solche Kontrolle auflehnen. Es handelt sich buchstäblich um eine Operation auf Tod und Leben, wo jeder Fehlschnitt das Ende bedeuten kann. Kann ein Arzt, der den Patienten gar nicht kennt, aus tausend Meilen Entfernung die Operation durchführen? Solche Bedenken hätten den Rat des Völkerbundes veranlassen müssen, die Zusammenarbeit des Kontrolleurs mit der Volksvertretung und vor allem die Mitarbeit aller Parteien des Parlaments zu fordern. Statt dessen hat der Völkerbundrat — wie es scheint, auf Einflüsterung gewisser Kreise in Oesterreich selbst! — die Ausschaltung des Parlaments und die Uebertragung einer gewissen diktatorischen Gewalt auf die Regierung in das Protokoll 3 aufgenommen. Ein aufrechtes und selbstbewußtes Volk wird nur mit Widerstreben eine Kontrolle von der Art auf sich nehmen, wie sie die Dette publique Ottomane über die Türkei verhängte. Dazu kommt endlich, daß das Protokoll 1 der Genfer Kreditkonvention das Verbot des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland wiederholt und verschärft. Es darf sich daher das Ausland nicht wundern, warum ein Akt, der von seinen Gebern als Hilfe und Rettung gedacht war, von einem so großen Teile Oesterreichs mit leidenschaftlichem Protest aufgenommen worden ist.

Betrachtet man die Genfer Kreditkonvention von einem Standpunkt, der das Los der deutschen Nation in Europa zu überblicken sich bemüht, so wird man nicht ohne Schmerz wahrnehmen, daß neuerdings ein Stück deutsche Erde und deutschen Volkes unter Fremdherrschaft kommt. Oesterreich wird, wenn auch in anderen Formen, eine Provinz des Völkerbundes wie das Saargebiet oder wie Danzig, und wer hinter dem Völkerbund dermaleinst stehen wird, ist heute noch ebenso ungewiß, wie gewiß ist, wer hinter ihm heute steht. Noch ist unbestimmt, ob die Genfer Vereinbarungen unverändert in Kraft treten, noch ist nicht vorauszusehen, wie sich im Ernstfalle das Völkerbundregime gestalten wird, ob es Rettung und Befreiung, oder ob es die völlige Abhängigkeit bringt — sicher aber ist das eine: die Genfer Konvention wirft dunkle Schatten auf den Weg, den die deutsche Nation in Europa noch zu gehen hat.

1125fache Zölle. Das Goldzollaufgeld wurde entsprechend der Valuta erneut scharf heraufgesetzt. Es beträgt für die Zeit vom 15. bis einschließlich 21. November 1922 112400 vom Hundert.

Der österreichische Banknotenumlauf. In der letzten Oktoberwoche ist der österreichische Banknotenumlauf um 257 Milliarden Kronen gestiegen und hat die Höhe von 2,9 Billionen Kronen erreicht.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 192,51 Geld, 193,49 Brief; 1 japanischer Yen 3615,98 Geld, 3634,07 Brief; 1 brasilianischer Milreis 857,85 Geld, 862,15 Brief; 1 spanischer Peseta 1122,18 Geld, 1127,82 Brief; 100 österr. Kronen 10,87 Geld, 10,93 Brief; 1 tschechische Krone 237,90 Geld 239,10 Brief; 1 ung. Krone 3,04 Geld, 3,06 Brief; 1 bulgarische Lewa 51,37 Geld, 51,63 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 119,70 Geld, 120,30 Brief. — 100 Polenmark wurden im freien Verkehr mit 47 Mark angeboten.

Wetter bis Sonnabend mittag. Zunächst ein wenig kühler, ostwärts fortschreitende Aufheiterung bei schwachen, vorherrschend nordwestlichen Winden, später Trübung mit Regenfällen und neue Erwärmung bei mäßigen südwestlichen Winden.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell sicher u. schmerzlos Kukirol
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich.
Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukirol-Fußbad

Blitz-Mädel
Seifenpulver
In besonderem Verfahren aus reinsten Rohstoffen hergestellt, von stets gleichbleibender, lockerer und leicht löslicher Beschaffenheit
VON DER SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM-RHEINAU

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 12 Uhr: Mittagskonzert 7½ Uhr: 8. Sinfoniekonzert
Volksbühne 7½ Uhr: Die Lüge
Schauspielhaus Neu einstudiert 7 Uhr. Macbeth
Lessing-Th. Heute bis Stg. 7½: Der Biberpelz Montag 7: Faust
Deutsch. Theat. 7 Uhr: Der lebende Leichnam (Alexander Moissi) Sonnab. 7½: Gespenster (Alexander Moissi)
Deut. Künstler-Th. Heute bis Sonnt. 7½ Käthe Dorsch in: Liebelei. Die Lore Mtg. 7½: Käthe Dorsch in: Mad. Sans-Gêne
Kammerspiele 8 Uhr: Timotheus in flagranti Sbd. 8: Vatermord
Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7: Luther (die Nachtigall v. Wittenberg) Sbd. 7 U.: Luther (die Nachtigall v. Wittenberg) Sonntag, d. 12. Nov. 2½ Uhr: Orpheus in der Unterwelt
Central-Theater 7½: Kabale u. Liebe U.: Deutsch Opernhaus 6 U.: Tristan u. Isolde Große Volksoper im Theat. d. Westens 8 U.: Don Pasquale Intimes Theater 8 Uhr: Die Leiter! Frau Adam G. m. b. H. Lustspielhaus 8 U.: Nesselknüpferin mit Mat Adalbert Metropol-Theater 7½: New York-Berlin Neues Operett.-Th. 7½: Die schwarze Rose Neues Th. am Zoo 7½ Uhr: Dorine und der Zufall Operette v. Gilbert Neues Volkstheater 7½ U.: Michael Kramer Renaissance-Th. Hardenbergstr. 6 7½ U.: Das Band vom Tode Erste Warnung Schiller-Th. Charl. 8 U.: Braut v. Messina Thalia-Theater 7½ Uhr: Prinz Don Juan Th. Schloßendorfpl. 7½ U.: Dein Mund... Str. 3½: Tatter aus Dresden Th. Grand Guignol Hauptstr. 144. 8 U.: Schreckenskammer s. s. Theater in d. Kammerspielen, Str. 7½ U.: Schlemihl Wallner-Theater 8 U.: Die kleine Sünderin Musik von Gilbert m. Guido Thielscher
Theater i. d. Königgrätz. Str. 8 U.: Jüdin v. Toledo Gerda, Dorsch, Kist, Pohl, Lissa, Klein, Hauk Sbd.: Jüdin v. Toledo Stg. nachm. 3 Uhr: Wund. Geg. Kreisler 8 U.: Jüdin v. Toledo
Komödienhaus 7.30 Uhr: Das neue erfolgr. Lustsp.: Die Erwachsenen
Berliner Th. 7.15: Madame Pompadour Fritzi Massary a. G. Roberts, Kist, Eichel
Metropol Variété Behrenstr. 54 7½ Uhr: Internationales Varieté-Progr.

Der Blaue Vogel Goltzstraße 9 Nollendorf 1613 Allabendlich 8½ Uhr: Das neue dritte Programm. Vorverkauf an allen Theaterkassen und an der Kasse d. Theaters v. 11—2 u. ab 5 Uhr abends

Komische Oper (7½) Dir.: James Klein (7½) Die große internationale Revue in 25 Bildern: Europa spricht davon!! Uebertrifft Paris und London an Pracht und Ausstattung und ist das Fabelhafteste, was auf einer Bühne gezeigt worden ist. 6 Pracht-Ballette!! 200 Mitwirkende!! Mister Jackson v. Alhambra-Theater in London mit seinen englischen Girls. Hauptdarsteller: Margit Suchy, Rosa Felsegg, Walter Lichtenstein, Max Landa, Albert Kutzner, Bruno Kastner, Arnold Rieck, Mizi Meteika, Else Reval, Walters, Spira, Barsels usw. Vorverkauf ununterbrochen.

Residenz-Th. Tägl. 8 Uhr: Hanni Arnstädt, Jul. Falkenstein in: Schlafwagenkontrolleur
Kleines Th. Täglich 8 Uhr: Agnes Jordan Irene Triesch Eugen Burg Olga Limburg
Trianon-Th. Täglich 8½ Uhr: Erika Gläßner in Lissi die Kokotte Personen unt. 18 J. haben keinen Eintr.
Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ U.: Der Tod der Lady Pembroke
Palast Potsdamer Str. 19 Ecke Murgerdamm. 4. Woche Wunder des Schneeschuhs Eine Fahrt auf Schneeschuhen durch Kanada 6 Akte Jugendliche haben Zutritt Anfang 7 u. 9 Uhr Sonntags Beginn 4½ Uhr
Folies Caprice Heute Premiere mit Siegfr. Berisch in Die Meyersteins
SCALA Tägl. 8 Uhr Internat. Varieté Sonntag 3.30 zu halben Preis das volle Programm

Walhalla-Theat. Tägl. 7½: Die tolle Lola Musik von H. Hirsch Molly Wessely Paul Heidemann
URANIA Taubenstr. 8 Uhr: Der Mensch vor 100 000 Jahren. Klein. Saal 8½ Uhr: Reise i. Film durch Norwegen ins ewige Eis — 8 U.: Der Choriner Bogen u. seine Umgebung Invalidenstr. 8 Uhr: Aegypten u. d. Nil
Circus Busch Tel. 7½, Tgs. auch 3 Uhr Kolossalpferd „Wotan" 10 Circus-Sensationen Manegeschaust. Die Nibelungen n. Amanda Lindner Vorverkauf
Reichshallen-Th. Allabendl. 7½ Uhr Sonntag nachm. 3 U. halbe Preise STETTINER Sängerknaben Direktion Brecht'l tel. 7½ U.
Winter Garten Varieté-Spielplan Rauchen gestattet!
BTL Potsdamer Str. 3 Alexand.-Pl.-Pass. Das Spielzeug einer Dirne Turmstr. 12 Die fünf Frankfurter
Theat. a. Kottbus. Tor Moritzplatz 10077 Jeden Abend 7½ U. und Sonntag nachm. 3 Uhr ELITE-Sänger Volkspreise! Vorvkl. 11-1½ u. 4-6

Casino-Theater Der neue Schlager! 8 Uhr: Müllers Prinzeßchen
Sprech-Apparate zu Original-Fabrikpreisen, Schallplatten Violinen, Mandolinen, Gitarren, Laut., Harmonikas, Bandoniens, photograph. Apparate, gegen bequeme Teilzahlungen. Vorführung von 9—6 Walter H. Gartz S 42 Postf. 130 s. Alexanderufer. 97.
Für 300 Mark wöchentl. erh. Sie bei 11. Ang. ein neues Möbel aller Art preiswert und gut Barthel Zossenerstr. 54 nah. Tiergartenstr.
Wollen Sie einen Anzug oder Schlüpfer kaufen? so besichtigen Sie vor anderweitem Kauf meine Riesenlager! — In diskreter Weise auf Kredit Das Neueste in Jackett- u. Cutaway-Anzüge Ulster Schlüpfer Gummi-Mäntel Damen-Konfektion Möbel-Einrichtungen in 4 Etagen A. DAMITT Neuenhauserstraße 16-17.

ADMIRALS-PALAST am Bahnhof Friedrichstrasse
SONNTAG, den 12. NOVEMBER, mittags 12 Uhr
I. ORCHESTERKONZERT,
ausgeführt von Mitgliedern der Kapelle der Staatsoper (63 Künstler)
LEITUNG: GENERALMUSIKDIREKTOR LEO BLECH
1. Ouvertüre zu „Leonore III" ..... Beethoven
2. Musik zu „Sommernachtstraum" ..... Mendelssohn
a) Ouvertüre
b) Nocturno
c) Scherzo
3. Ouvertüre zu „Oberon" ..... C. M. v. Weber
4. „Tod und Verklärung", Symphonische Dichtung ..... Richard Strauß
5. „Präludien" Symphonische Dichtung ..... Liszt
Karten von 40—400 M. im Vorverkauf an der Theaterkasse, Friedrichstr. 101, und an den Theaterkassen A. Wertheim

UFA
Spielplan ab Heute
UFA-PALAST AM ZOO Lucrezia Borgia
TAUENTZIENPAL. Beatrix und Auf den Höhen des Schweigens
KURFÜRSTENDAMM Moderne Piraten
MOZARTSAAL KAMMERLICHTSP. Madame Fallien
NOLLENDORF-PL. Es leuchtet meine Liebe
FRIEDRICHSTRASSE Atlantide.
ALEXANDERPLATZ SCHÖNEBERG Wenn die Maske fällt.
WEINBERGSWEG Die Landesflüchtigen
HASENHEIDE Zum Paradies der Damen

Fast völlig kahl warm, Mann infolge einer Haarkrankheit. Durch Reichel's Haarkraftwasser „Reoll" ist der Haarwuchs wieder voll u. dunkel wie früher. Derartige Unterschriftungen laufen Stoff. Fl. Mk. 75 u. 125.— in Drogerien erhältl. echt nur mit Firma Otto Reichel Berlin 43 Eisenbahn-Straße 4.
PATENTE Dr. Bögehn, Ingenieur a. freiw.-Verein beratg. IW 61, Gneisen. Str. 3.

Metall Osten Größter Weg 87 zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.
Für 100 Mark wöchentl. erh. Sie bei 11 Ang. Gardinen, Stores, Bettwäsche, Bettdecken, Chaiselongueedeck., Steppdecken, deutsche Teppiche, Läuferstoffe usw. Barthel Zossenerstr. 54 nahe Tiergartenstr. Allee.

Möbel Bar u. Teilzahlung Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer sowie Einzelmöbel und farbige Küchen kaufen Sie heute noch billig weil ich noch ältere Lagerbestände besitze. — Gekaufte Möbel können kostenlos lagern BEISER Lothringer Strasse 67.
Spezialarzt Dr. Laule Potsdamer Str. 45. Sprechz.: 11-1, 4-7, Sonntag 12- Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis Mannesschwäche, Blut- u. Urinuntersuch.

Teppiche, herrliche Persermuster, Divandecken, Brücken, billige Gelegenheit. Reichte, Reuküln, Kaiser-Friedrich-Straße 5 III. 181/17

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend Trauringe
1 Ring Dukatengold v. M. 6000 an
1 Ring 585 gestempelt v. M. 4000 an
1 Ring 333 gestempelt v. M. 2500 an
gest. gesch.
H. Wiese, Juwelier Berlin N, Artillerietstr. 30 Berlin W, Passauer Str. 12
Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto. Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt
Telegr.-Adr. Trauringkanone Berlin.

Stock „Weinbrände Liköre"

ADMIRALS-PALAST

WELT am Bahnhof — VARIETÉ Friedrichstr.

Das Programm:

Kommissionsrat Albert Schumann als Gast

Kammersängerin Elisabeth van Enderl Mitgl. d. Staatsoper a. G.

Remos Wunderzwerge

5 Artonis Luftgymnastik

Walter Steiner Humorist

Joe Garcia Schatten-Silhouettist

Ufferini Comp., Zauberer und Illusionisten

Original 2 Dewers die Meister der Gymnastik

Die 7 Todsünden

Ein phantastisch Spiel mit Tanz, in sieben Bildern von

H. REGEL

Musik von HANS CESEK

In Szene gesetzt von H. Regel
Dirigent: Artur Guttmann

Tänze einstudiert von HANS RUMPEL

1. Bild: Das zweite Ich
2. Bild: Das Gastmahl des Krösus
3. Bild: Die Straße des Vergnügens
4. Bild: Haschisch-Träume
5. Bild: Der Wollust Tuskulum
6. Bild: Die Vergeltung
7. Bild: Erlöst – befreit!

ERÖFFNUNG

Sonnabend, den 11. November

abends 8 Uhr

Karten im Vorverkauf an der Theaterkasse, Friedrichstraße 101 und an den Theaterkassen A. Wertheim.
Erstklassige warme und kalte Küche und Getränke auf allen Plätzen im Parkett, I. Rang und den Logen.

Regelmässige Verbindung

von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer der United States Lines

Nächste Abfahrten:
George Washington 15. Novber.
America . . . . . 29. Novber.
President Roosevelt 30 Novber.
President Harding . 9. Dezber.
George Washington 13. Dezber.
Southampton u. Cherbourg 1 Tag später

Verlangen Sie Prospekte und Segellisten Nr. 83

UNITED STATES LINES
Berlin W 8, Unter den Linden 1
NW 40, Invalidenstr. 93
und alle bedeutenden Reisebureaus
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Kesselschmiedelehrlinge.

Sonntag, 12. Novbr., vorm. 10 Uhr, im Lokal von Sachse, Lindower Straße 26:

Versammlung aller Kesselschmiedelehrlinge.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Herr Prof. E. Toussaint. 2. Aussprache.

Zu dieser Versammlung sind die Eltern sowie Kommissionsmitglieder und Vertrauensleute der Branche eingeladen.

129/17 **Die Ortsverwaltung.**

Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin

Zu der am **Montag, den 20. November 1922**, abends 6 Uhr, im **Kassenlokal, Wallstraße 68 II**, stattfindenden

ordentlichen Ausschußsitzung

werden die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten hiermit eingeladen.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Voranschlag für das Geschäftsjahr 1923
2. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für das abgelaufene Geschäftsjahr 1922.
3. Satzungsänderung.
4. Aenderung der Dienstordnung.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. 172/14

Der Vorstand.
Hermann Ziegler, Vorsitzender.

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

2 bis 3 möblierte **Schlafzimmer** ohne Pens., m. Teleph. u. Küchenbenutzung, in gut Verbindungen **sofort gesucht.** Offert. Frau Kropp, Bautzenburger Str. 11, Tel. Steinplatz 131-30

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Alexander Str. 71-73 a, 5 Min. vom Bhf. Frankfurter Allee
empfiehlt zu bekannt billig. Preisen bei solider Ausführ.
Gegründet 1876
Komplette Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer einfachen und besseren Genre,
Küchen farbig und naturlasiert in allen Preislagen

P. Raddatz & Co.
Berlin W. Leipziger Str. 122/23
Teppich-Kehrmaschinen
bestes deutsches Fabrikat, auch mit verstellbarer Bürste und Kugellager
Staubsaug-Apparate
für Hand- und elektrischen Betrieb zu Original-Fabrikpreisen.
Praktische Vorführung auch im Hause.
Heinzelmännchen-Kochkiste
kocht, bratet, backt bis 70 % Gasersparnis
Ersatz Eisenbrank und sterilisiert

Trabrennen Mariendorf
Freitag, 10. November
vormittags 11½ Uhr
8 Rennen
Gesamtpreise 665 000 Mk.

Gummi- Sauger 3 M an, Gummischwämme sehr billig, Unterlagen, echt Gummiplatten, Meter 400 M, Waschbecken in Damenbinden, Stück 40 M, Gürtel dazu 3, 6 bis 30 M, Verbandwatte ca. 100 gr 60 M, Fieberthermometer, geprüfte, 40, 70, 90 M, Irrigatoren sehr billig, Eau de Cologne sehr billig, Kopfwasser von 15 M an, Hautcreme 6, 12 M, Zahnpasta gr. Tube 6 u. 15 M, Zahnpulver 1 M, Haushaltseife Pfd. 100 M, Toilettenseife von 7,50 M an, Lanolin 1,—, 1,50 M, Haaröl 6 M, Brillantine 6 u. 30 M, Franzbranntwein, 40 % Liter 250 M u. Flasche, Mundwasser-Tabletten Röhre 10 M, Hienzjoug-Essenz 15, 25, 30 M, Prima Schuhcreme, Dose 6 u. 35 M, Geldtäschchen 3 M, Frostmittel 3 u. 10 M, sowie andere billige Gelegenheitsartikel. Mengenabgabe vorbehalten. Preise nur für Vorrat gültig. A. Maas & Co., Markgrafenstraße 54, an der Lindenstraße 9—6 Uhr

Zinn Blei-, Silber-Bruch **Quecksilber** Blei, Kupfer, Platin usw. zahlt s. Engrospreise Schurow, Lange Str. 35 am Schlesischen Bahnhof

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer
Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Blau-, Silberfüchse, Skunks, Wölfe, Luchse, Sportpelze, Gehpelze, Pelzmäntel.
Keine Lombardwaren.

Verkäufe

Getragene Friedensanzüge, große Auswahl, zum Teil auf Seide, sehr billig, jede Figur passend, auf Lager. Frack-, Smokinganzüge. Schnurmacher, Stalitzer Straße 108 Laden. Hochbahn Oranienstr.

Versuch macht klug! „Leihhaus" Brunnenstraße 5. Firma achten! Täglich großer Verkauf mahmäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Hosen. Riesen-Auswahl. Pelzwaren: Gehpelze, Sportpelze, Katzenjacken, Kaninjacken, Seelmäntel, Kreuzfüchse usw. zu horrend billigen Preisen. Keine Lombardware. *

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Halleisches Tor) verkauft spottbillig elegante Anzüge, Schlüpfer, Paletots. Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Pelzmäntel, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Teppiche, herrliche Persermuster, Diwandecken, Brücken, billige Gelegenheit. Reichte, Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 5 III. 181/17*

Anzüge, Schlüpfer, Paletots, spottbillig. Leihhaus, Reinickendorferstraße 105 (Reitelbeckplatz). Keine Lombardware. *

Anzüge, Winterpaletots, Winterschlüpfer, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen enorm billige Preise. Friedenskasse. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/204, Ecke Rosenthalerstraße. *

Kreuzfüchse, Maskafüchse, sämtliche Pelzarten, spottbillige Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/204, Ecke Rosenthalerstraße. *

Kreuzfüchse, Pelzwaren spottbillig. Leihhaus, Reinickendorferstraße 105 (Reitelbeckplatz). *

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schlüpfer, Katzenjacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Auf Teilzahlung. Elegante Herrenbekleidung. Winteranzüge, Winterschlüpfer, Cutaways, Hosen. Maßverarbeitung. Großes Lager. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottfried, Mollendorfstr. 22a, nahe Mollendorfplatz. Geöffnet 9—12, 3—7. *

Teppich, erstklassig, 3×4, verkauft. Moritzplatz 14172.

Flauschmäntel, prima, 3900.—, Affenhautmäntel, Rappenschlüpfer, Modellflauschmäntel spottbillig. Riesenauswahl, direkt Werkstatt. Altmann, Rosenthalerstr. 44 III, Hackescher Markt. *

Silberwölfe, Silberfüchse, Weißfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Seelmäntel, Bibermäntel außergewöhnlich billig. Riesenlager. Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, Alexanderplatz. *

Monatsanzüge, Winterpaletots, Schlüpfer, Joppen verkauft billig Alexanderstraße 28a, hochpartierte. Gesellschaftsanzüge leihweise. *

Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Silberfüchse, Blauwölfe. Täglicher Riesenverkauf zu Sensations-Sommerpreisen. (Keine Verschwaare.) Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof — Hochbahnhof). *

Weingartens Pfandleihe, Prinzenstraße 83, verkauft billig erstklassige Monatsgarderobe, Gehrockanzug, Jackettanzug, Cutawayanzug, Paletot, Schlüpfer.

Kavalier-Garderobe, wenig getragen und neu, feinste Werkstättenarbeit, billig. Preiswerte Winterschlüpfer, Taillenmäntel. Vorzüglicher erhalten 5 Proz. Monats-Garderobenhaus „Triumph", Elsasserstr. 41, zweites Haus von Friedrichstraße. Blaue Firmenschilder. Nur Hofeingang. *

Große Vorteile in wenig getragenen sowie neuen Jackettanzügen, Paletots, Schlüpfern, Gummimänteln bietet Ebners Monatsgarderobenhaus, Brunnenstr. 41, direkt am Rosenthalertor. Verkauf und Verleih von Gesellschaftsanzügen. *

Bettwäsche billig! Ab heute bis 11. gelangt ein großer Posten angefertigter Reisemuster zum Verkauf. Deckbetten schon zum Preise von 1380.—, Kissen 400.—, Laken 900.— an. Wäschestoffe, prima Qualität, 300.—, Handtücher 42.—, Inlets, Züchen, Nessel, Tischtücher, Wischtücher zu nie wiederkehrenden Sonderpreisen. Central-Bettwäschefabrik, Charlottenburg, Berlinerstr. 98, Friedenau, Rheinstr. 39. *

Bettwäsche, ungewöhnlich preiswerte Angebote. Deckbettbezüge 1250.—, 1675.—, 1950.—, Bettlaken 665.—, 925.—, 1175.—, Inlets von 1975.—, Doppelgarnituren 5600.—, 6800.—, Wäschestoffe, Handtücher, Ueberschlaglaken, Damaste, billigste Engrospreise. Reelle, fachmännische Bedienung. Aeltste Spezialbettwäschefabrik, Grüfestraße neunundreißig (Hasenheide), Brunnenstraße 10 (Rosenthalerplatz). Geöffnet bis 7. *

Gelegenheitskäufe in Bettwäsche spottbillig: Bettbezüge, Linon, Pimiti, Damast, Züchen, Handtücher, Wäschestoffe, Hemden, Reinkleider. Riesenauswahl. Teppiche, Gardinen, Drücken, Diwandecken, Tischdecken, fertige Betten. Keine Lombardware. Nur im Wäschehof, Leihhaus Moritzplatz 58a. *

Kinderwagen, Kleppsportwagen, Kinderbrabantbettstellen neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuser Damm 93. *

Pelzgelegenheitskauf! Silberwolf, Kreuzfuchs, feinen schön Opossumschal, schönen Skunkskragen, hübschen Katzenjacke, Sportpelz, verkauft billig Feige, Beuthstr. 42 II (Schloßplatz). *

Auf Teilzahlung. Neu eröffnet. Herren-Garderobe. Anzüge, Cutaways, Raglans, Schlüpfer. Ersatz für Maßarbeit. Bequeme, diskrete Teilzahlung. Gebr. Gottfried, m. b. H., An der Schleuse 5a (Nähe Schloßplatz und Spittelmarkt). Geöffnet 9—7. *

Wer verkauft deutschen Schäferhund, Rüde, grau, 1—2 Jahre, mit Stammbaum, garantiert zimmerrein und wachsam, in liebevolle Hände? Meinekestraße 24, Stpl. 8324, im Konsulat.

Möbel

Möbel, Bar- oder Teilzahlung. Kleinste An- und Abzahlung. Kostenlose Lagerung. Landwehr, Müllerstraße 7 (Weddingplatz). *

Chaiselongues, Sofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn. *

Chaiselongues 1800.—, Metallbetten 2000.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstelle. Reiche, Annaustraße 32a, Quergebäude. *

Möbel, große Auswahl, in Nußbaum und eichenen Schlafzimmern, farbigen Küchen, einzelnen Möbelstücken. Eventuell Zahlungserleichterung. Gerisch, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. *

Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 54. Gelegenheitskäufe in Schlafzimmern, Speisezimmern, Einzelmöbeln, neu und gebraucht. Stube und Küche, 16 Teile, 29 000.— Komplette Küchen von 9500.—. Nur solange Vorrat.

Chaiselongue, Chaiselonguedecke 1650.—, Auflagematratzen, wunderbare Wandbehänge. Polsterer Doppelaller 12.

Schlafzimmer, Küchenanrichte 8500, Herrenzimmer, Ruhebett 12 500, Speisezimmer, Bücherschrank 21 000, Nußbaumschränke, Bettstellen, Tische, Stühle, Sofas noch preiswert. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbellinerstraße). 2907b

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35. *

Grammophone, gebrauchsspielend, Pletsch, Strelitzerstraße 47. *

Pianos, Flügel 36 000.— an. Rabenstein, Münzstraße 19. *

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstraße 19, [149R* *

Säcke kauft Beyer, Gollnowstr. 9. *

Quecksilber, sämtliche Metalle höchstzahlend. 29, Köpenickerstraße 39 (schräg über Adalbertstraße). Metallschmelze Christionat. *

Klaviere, Flügel, Perserteppiche sucht dringend Herer, Paulsstr. 9 (Amrut: Kurfürst 1094). *

Gliedstrumpfsche kauft Bülmel, Elsasserstraße 22a I. *

Frauenhaar, pro Gramm 1,50, kauft Grünerweg 60, 3—7. Vergütete Fahrgeld. *

Höchsten Preis für Pianos zahlt Voigt, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 58, Telephon: Neukölln 2476. 2608b*

Klavier sucht für Eigengebrauch Frau Schmidt, Neukölln, Weserstr. 55. Tel.: Neukölln 9701. 2696b*

Brillanten, Goldsachen, Silberrubeln, Schmucksachen, Gebisse, Bruch kauft Wertzentrale, Oranienstraße 138, nur 1. Etage. *

Schaukplatten vielmehr zahlt Pletsch, Strelitzerstraße 47. *

Perser und deutsche Teppiche kauft höchstzahlend Reichte, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 5. Tel. Neukölln 9123. *

Säckeankauf, Emballage, Garne, Krakau, Strausbergerstraße 52. *

Laß, Alexanderstraße 8a, kauft Prismengläser, Wäsche, Stoffe, Gardinen, Garderoben, Portiewaren. *

Nähmaschinenkauf, auch schadhafte, Budow, Moritzplatz 10 174. *

Weinflaschen! Kaufe jeden Posten Weinflaschen, Sektflaschen, Kognakflaschen, Weißbierflaschen sowie sämtliches Altpapier, Zeitungen, Bücher, Skripturen, Alteisen, Hole ab. Isenbahl, Blumenstraße 17, Königstadt 7063. *

Säcke, höchstzahlend! Packleinen, Garne kauft Märkische Sackhandlung, Georgenkirchstraße 58, Lützow 3361. *

Altmetalle, Kupfer, Messing usw. kauft höchstzahlend nur Leihhaus Wellstraße 8a, I. 2612b*

Gold, Silber-Bruch, Platin, Plattgold, Brillanten, ausländische Gold-, Silbermünzen, Zahngebisse, Zahn 15 bis 500 Mark. Brennöfen, Kontaktöfen, goldene Uhren, Ringe, Ketten, Quecksilber, Double, Alpaka, Kristall kauft zum Auslandskurs Kurt Kehlert, Berlin, Lothringerstraße 34. *

Geschäftsankäufe

Flüchtlinge suchen dringend Existenzgeschäfte, Grundstücke, Degen, Chausseestraße 116, Potsdamerstraße 68. Anrufen: Norden 62, Kurfürst 3686. *

Tischlerei mit Maschinen kauft Berger, Oranienstr. 166. *

Geschäfte jeder Branche sucht sofort Engelmann, Schwedenstr. 19. *

Werkzeuge u. Maschinen

Nägel, Holzschrauben kauft Eisholz, Friedrichsgracht 1. *

Nägel, Schrauben, Schmiergelleinen kauft Bobbe, Amsterdamerstr. 24. 402*

Kugellager kauft, Kündig höchstzahlend, Feiler, Rheinsbergerstraße 78. *

Kugellager, Kugeln, Magnete, Bergaser, Zündkerzen kauft höchstzahlend A. Pilz, nur Reinickendorferstraße 93, Hof parterre. *

Motor, Schellack, Leim, Tischlerwerkzeug, Tischlereimaschinen kauft Trub, Oranienstr. 166, III. *

Unterricht

Stenographie, Maschinenschreiben. Uebungsstunden, Diktatstunden, Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Schönschreiben, Deutsch. Lehrpläne kostenlos. Kaufmännische Privatschule Stahlenberff, Spittelmarkt, Beuthstraße 11. *

Verschiedenes

Privatanfnahme, Untersuchung. Hebamme Hartwig, Invalidenstr. 148. *

Ehescheidungen, Strafsachen, Beleisachen, früherer Landrichter, Lothringerstraße 47. *

Vertrauensvolle Auskunft, langjährige Erfahrung. Frau Erdmann, Stralauer Platz 8—9, linker Seitenfl., II, direkt Schlesischer Bahnhof. Auch Sonntags. *

Vertrauensvolle Auskunft, Untersuchungen. Arzt, Erfahrene Hebamme, Hildesheim, Lothringerstr. 34/35. *

Rat umsonst, gewissenhafte Behandlung, langjährige Erfahrung, ärztlich geprüft. Frau Rammonat, Strausberger Str. 4. *

Patentanmeldungen, Beratungen, Verwertungen, Ausnahmebetrieben. Ingenieur Schuster, Neuenburgerstr. 9, II.

Geschäftsverkehr

Sofort Geld, Ratenrückzahlung. Pügner, Große Frankfurterstr. 141. *

Sofort Geld, Ratenrückzahlung. Milan, Moritzstraße 12. *

Geld sofort, Ratenrückzahlung. Krampin, Linienstr. 88 (Rosenthalerpl.). *

Darlehn auf Möbel und Geschäfte durch Engelmann, Schwedenstr. 19. *

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände. Wolff, Friedrichstraße 41 III. *

Geldbarlehn, Betriebskapital, Ratenrückzahlung, sofort. „Diskreta", W. 57, Culmstr. 5.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Parteigenosse, Schriftsteller, sucht Beschäftigung als Stenotypist oder ähnl. Off. unter D. 54, Hauptexped. Vorwärts.

Stellenangebote

Bote, 14—15jährig, mit eigenem Rad stellt ein „Vorwärts"-Redaktion, Lindenstraße 3. *

Putzfrau für den Vorwärts (Tour Kottbuser Damm) stellt sofort ein. Meldungen von 2—6 Uhr. Filiale Neukölln, Neckarstr. 2. *

Für Großdreherei eines bedeutenden Werkes in Großstadt Norddeutschlands

erfahrener Drehermeister

gesucht. Erwünscht 10 längere Tätigkeit in Präzisionswerkstätten und Meisterpraxis in Dreherei und Montage des Großmaschinenbaues.

Bewerbungen mit lückenlosem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Angabe der Gehaltsansprüche und des frühesten Eintrittstermins sowie Lichtbild erbeten an die Hauptexpedition des „Vorwärts" unter C 54.

Maschinenarbeiter welcher alle Holzbearbeitungsmasch. bedienen kann, sof. gesucht. Oswald & Knauert, Zimmerpl. Balensee Paulsberner, Ecke Friedrichsruher Str.

Tüchtiger Meister für Elemente- und Batterieinstallation für ausländische Fabrik gesucht. Ausführliche Angebote unter B 54 an Hauptexpedition d. „Vorw."

BOTE Redaktion des Vorwärts Lindenstr. 3

Hauswart
für Villa in Dahlem
bei hohem Gehalt per 1. Januar 1923 gesucht. Nur verheiratete Herren mit langjährigen Zeugnissen von gleichen Stellungen, die unbedingt nachweisliche Kenntnisse in Gartenpflege haben, elektrische und sonstige Reparaturen ausführen können, wollen sich bewerben. Gesuchter muß eine Zweizimmerwohnung zum Tausch besitzen, erhält bei guter Leistung ziemlich Mk. 18 000.— monatlich, freie Zweizimmerwohnung, Küche und Badezimmer, freie Heizung, elektr. Licht und Kochkohle, freie Dienstkleidung. Offerten mit genauer Schilderung, wo und wie lange bisher tätig gewesen, unter J. W. 974 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19

Figuristen
die auf Elfenbeinmasse eingearbeitet sind, zum höchsten Akkordlohn gesucht
Vereinigte Kunstwerkstätten G. m. b. H.
Düsseldorf, Kirchfeldstr. 60 [197 4*

Botenfrauen und Männer
stellt sofort ein
Dölz, Immanuelkirchstr. 24
Fischer, Bastianstr. 7
Lindenstr. 3, Laden,
Mariendorf, Chausseestr. 29
Neukölln, Neckarstr. 2
Hauptexpedition Vorwärts.